

UNIA WORT



Christa Rigozzi

Sina

ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

1. Mai 2023
Mehr Lohn
Mehr Rente
Gleichstellung
Jetzt!
SGB

Ja zum Klimagesetz: Glanz & Gloria für unsere Gletscher. Seite 13



Trucker-Streik: Erste Erfolge

Die Fahrer haben zwei Drittel ihrer Löhne bekommen. Der Rest ist zugesagt. Seite 10

AHV-Rente: So geht's lückenlos

Fehlende Beitragsjahre haben massive Folgen. So beugen Sie vor. Seiten 16-17

Das Kreuz mit dem Pass

Nicht überall sind die «Schweizermacher» ausgestorben. Vier Betroffene erzählen.

Seite 7

Heraus zum 1. Mai!



13 Sonderseiten: Unia-Chefin **Vania Alleva** zum 1. Mai +++ Neuer **GAV: Gewerbe-Büezer** spannen zusammen +++ Zürcher Reinigerin sagt: Darum braucht's den **Mindestlohn** und den **Frauenstreik** +++ Zuger Landis & Gyr-Gewerkschafter erinnern sich +++ Internationale **Solidarität: 40 Jahre Solifonds** +++ **Streiken?** So funktioniert's +++ **Was wo läuft:** Die **Agenda** u. v. m. Seiten 2-11, 16-17 und 20



workedito
Anne-Sophie Zbinden

BÜGLE, SCHAFFE, CHRAMPFE

Auf der Büz, im Stollen, in der Bude, im Gschäft, im Job. Bügle, schaffe, chrampfe, malochen, schuften oder Brötli verdienen – arbeiten halt. Doch wie gross sind die Brötli, und hat's noch Speck drin? Das ist hier die Frage. Manche behaupten, die Brötli-Grösse hänge von der Leistung ab. Doch wer leistet mehr, die Reinigerin, die in vier Jobs an sieben Tagen pro Woche arbeitet, für 3400 Franken im Monat? Oder der Credit-Suisse-Manager, der vom stets frisch geputzten Büro aus Milliarden verlockt und dafür Boni kassiert? (Seiten 5 und 8)

LOCH. Schaufeln, pflegen, backen. Schrauben, putzen, metzgen. Regale einräumen, Kinder betreuen, Ware verpacken – arbeiten halt. Leistungen, deren Systemrelevanz viele schon wieder vergessen haben. Zumindest manche

Die Kinder ins Bett bringen und dann nochmals arbeiten, so hätte es der Arbeitgeberverband gerne.

Firmenchefs, als es darum ging, die Löhne zu erhöhen oder schon nur die Teuerung auszugleichen. Im letzten Jahr sind die Löhne in der Schweiz um

gerade mal 0,9 Prozent gestiegen, schreibt das Bundesamt für Statistik. Bei einer Teuerung von 2,8 Prozent bedeutet dies: im Schnitt 1,9 Prozent weniger Geld im Portemonnaie der Büzener. Und noch weniger im Handtäschli der Büzenerinnen: Denn im Branchenvergleich schneiden diejenigen Jobs am schlechtesten ab, in denen am meisten Frauen chrampfen: Gastgewerbe, Detailhandel, oder Postdienste. Fürs Jahr 2023 sieht es etwas rosiger aus: Im Schnitt haben die Lohnabhängigen gemeinsam mit den Gewerkschaften Lohnerhöhungen von 2,5 Prozent ausgehandelt.

ALARM. Gleichzeitig schlagen die Arbeitgeber Alarm: 120 000 Stellen nicht besetzt! Fachkräftemangel bremst Schweizer Wirtschaft! Aha. Man nehme also zu tiefe Löhne und fehlende Mitarbeitende und schliesse daraus – mehr arbeiten. Wie bitte? Tatsächlich schafft es der Arbeitgeberverband, auf 13 Seiten und in 8 Lösungsansätzen den Lohn vollständig auszublenden. Wie auch den zunehmenden Stress und den mangelnden Respekt in vielen Branchen. Stattdessen zaubern die Arbeitgeber arg verstaubte Rezepte aus dem Hut. Zum Beispiel: mehr Stunden pro Tag arbeiten. Konkret: zuerst die Kinder ins Bett bringen, dann nochmals arbeiten. Das hiesse für den Baubüezer: Gute-Nacht-Geschichte erzählen und dann zurück in den Stollen, um 22 Uhr den Presslufthammer anwerfen. Oder: bis 70+ arbeiten. Oder: weniger Frei- und Ferientage (Seite 6).

BAREGG. Kommt Ihnen das bekannt vor? Ja, das hatten wir alles schon – erkämpft: zum Beispiel am 4. November 2002 am Baregg, als sich die Baubüezer das Rentenalter 60 sicherten. Oder 1920, als die Transportarbeiter und -arbeiterinnen in der Schweiz ein Arbeitszeitgesetz durchsetzten, das auch Ferienbestimmungen umfasste. Oder am 1. Mai 1886 in den USA, als sich Tausende Arbeiterinnen und Arbeiter den Achtstundentag erstreikten. Doch anscheinend ist nichts für immer errungen. Deshalb braucht es starke Gewerkschaften, mutige Büzener und standhafte Frauen. Am 1. Mai und am 14. Juni müssen wir klar machen, dass die wahren Leistungsträgerinnen und -träger mehr Lohn, Respekt und weniger Stress verdienen. Wir wollen ja nicht den Fünfer und das Weggli, sondern nur Speckbrötli für alle.

Unia-Präsidentin Vania Alleva zum 1. Mai und zum 14. Juni «Vorwärts statt rückwärts – wir wollen endlich Fortschritte sehen!»

«Liebe Kolleginnen und Kollegen

Der 1. Mai ist der Kampftag für die Rechte der Arbeitnehmenden und für soziale Gerechtigkeit. Und diese Kämpfe sind bitter nötig. Denn die Arbeitnehmendenrechte stehen unter Druck. Und soziale Gerechtigkeit wird uns nicht geschenkt.

Im Gegenteil: Geschenke gibt es nur für die Superreichen und die Konzerne. Auch wenn wir einige besonders stossende an der Urne verhindern konnten. Aber wenn eine Abzocker-Bande eine Bank wie die Credit Suisse an die Wand fährt und dafür auch noch Milliarden-Boni kassiert, springen ihr Bundesrat und Nationalbank mit dreistelligen Milliardenbeträgen aus dem Volksvermögen zur Seite.

ANGRIFF. Für jene aber, die dieses Land am Laufen halten, wollen die bürgerliche Mehrheit im Parlament und die Arbeitgeber kein Geld haben. Eben erst wurde das AHV-Alter der Frauen erhöht, schon kommt die nächste bürgerliche Rentenabbau-Vorlage. Beim BVG sollen wir noch mehr bezahlen und noch weniger Rente erhalten. Bei der Arbeitslosenversicherung und bei der IV wird bei jenen geknausert, die schon jetzt wenig haben. Und selbst auf die Witwenrenten lanciert der Bundesrat einen Angriff.

SKANDAL. Am allerdeutlichsten ist der soziale Rückschritt bei den Löhnen. Viel zu viele Arbeitgeber haben nicht einmal die Teuerung ausgeglichen. Sie haben damit die realen Löhne der Arbeitnehmenden gekürzt. Während wir nach der Jahrhundertwende mit Mobilisierungen und Mindestlohnkampagnen grosse Fortschritte bei den Tieflohnen erkämpfen konnten, geht die Lohnschere seit sechs Jahren wieder auf: Die obersten Löhne sind um über fünf Prozent gestiegen, die mittleren Löhne aber um ein Prozent gesunken, die tiefsten Löhne sogar um zwei Prozent. In den Branchen, wo besonders viele Frauen arbeiten, sind die Reallöhneinbussen also am höchsten. So wird der Skandal der Lohndiskriminierung natürlich nicht beseitigt: Immer noch ist das Einkommen von Frauen im



Unia-Präsidentin Vania Alleva. FOTO: YOSHIKO KUSANO

Schnitt 43,2 Prozent tiefer als jenes der Männer. Gleichzeitig haben sich die Krankenkassenprämien seit dem Jahr 2000 verdoppelt. Alleine im letzten Jahr sind die Grundnahrungsmittel um 6,3 Prozent teurer geworden. Und in den kom-

Geschenke gibt es nur für Superreiche und Konzerne.

menden Wochen werden viele Mieten massiv steigen.

Die Lebensverhältnisse der arbeitenden Bevölkerung werden schlechter. Arbeitnehmende mit kleinen Löhnen und Familienpflichten sowie Pensionierte mit kleinen Renten wissen bald nicht mehr, wie sie alle Rechnungen bezahlen sollen. Unsere Forderungen sind klar:

● Rauf mit den Löhnen!

Weitere Einbussen sind nicht akzeptabel. Wir fordern generelle Lohnerhöhungen in allen Branchen. Jeder Vollzeitjob muss zum Leben reichen. Wir verlangen Mindestlöhne von

4500 Franken für Ungelernte und von 5000 Franken für alle mit einem Lehrabschluss.

● **Renten stärken statt immer weiter abbauen!** Das heisst Nein zum Rentenklau beim BVG. Ja zu einer 13. AHV-Rente, die eine sofortige Rentenverbesserung von 8,3 Prozent für alle bringt.

● **Arbeit endlich gerecht verteilen!** Frauen leisten immer noch den Löwenanteil der unbezahlten Arbeit. Darum verlangen wir eine generelle Arbeitszeitreduktion bei gleichem Lohn für alle.

VORWÄRTS STATT RÜCKWÄRTS! Wir wollen endlich Fortschritte sehen! Ohne Druck von der Strasse und aus den Betrieben sind diese aber offensichtlich nicht zu haben. Dafür gehen wir am 1. Mai auf die Strasse. Und am 14. Juni ebenfalls. Tragen wir den Frauenstreik auch in die Betriebe hinein. Tragen wir unsere Lohnforderungen und unseren Kampf für existenzsichernde Renten auf die Strasse und an die Urnen.

Denn wenn wir zusammenstehen, sind wir stark genug, um ein gutes Leben für alle zu erkämpfen!

Für Coiffeusen

Wenn ich jung wäre, würde ich Coiffeuse lernen. Erstens finde ich schöne Frisuren schön, und zweitens braucht man Coiffeusen immer, weil Haare wachsen ja immer, ausser wenn man keine mehr hat. Oder Rastas.



Sandra Künzi lebt und büglet in Bern. Sie mag Jassen, Schafe, Feuer und Bier. Zurzeit bereitet sie sich und uns auf den Frauenstreik vom 14. Juni 2023 vor: Ahoi!

HÖÖRLISKLAVIN. Als ich dann zu meiner Coiffeuse Nadine ging, hab ich ihr gleich gesagt: «Nadine, wenn ich jung wäre, würde ich auch Coiffeuse werden.» Ich dachte, sie freut sich. Aber kaum hatte ich es gesagt, riss sie mir ein Büschel Haare aus. «Entschuldige», sagte sie und nahm die Schere. Das solle ich mir besser nochmals überlegen. Erstens habe sie geschwollene Beine vom vielen Stehen, zweitens könne ich mir nicht vorstellen, was sie sich alles anhören müsse von der Kundschaft von morgens bis abends und noch am Samstag, wenn andere freihaben. Drittens sei die Bezahlung miserabel. Sie arbeite jetzt zehn Jahre als «Höörliksklavin» und verdiene nur Viertausend im Monat. «Viertausend!» rief sie und schnitt schneller. Über meinem rechten Ohr klappte eine Art Haarloch, darum musste Nadine auf der linken Seite ausgleichen. Ich traute

mich nicht, etwas zu sagen. Nadine rief, es sei ja klar, warum ihr Lohn so niedrig sei, oder? Ich konnte weder nicken (zu riskant wegen der Schere) noch fragen, warum (sie redete einfach weiter): «Es ist eben ein typischer Frauenberuf! Deswegen. Floristin, Kinderbetreuerin, Zahnarzt-helferin, Coiffeuse. Die denken, die Frauen machen das alles von Natur aus gerne, all de Seich mit Bluumen, Dekooo, Windeeeeln und Ausseeehen...», sie dehnte jedes Wort so komisch, «... ha, drum müssen sie uns nicht gut bezahlen, oder was? Ist das meine biologische Veranlagung, wenig zu verdienen, oder was?» Sie schnitt und schnitt, immer schneller, und ich machte sicherheitshalber die Augen zu. Als sie fertig war, hatte ich eine extreme Kurzhaarfrisur, mit Betonung auf «extrem» und «kurz» – und Herzrasen.

UNTER STROM. Ich nehm's Nadine echt nicht übel. Sie hat allen Grund, sauer zu sein. Aber ich habe mich umentschieden: Ich würde doch lieber Elektrikerin lernen. Der Lohn ist zwar auch nicht übermässig, aber immerhin: 5000 im Monat (ab 5. Berufsjahr). Und Elektrikerinnen werden auch immer gebraucht, sogar von denen, die keine Haare mehr haben.

Stromer Hans Eberli (57) und Heizungsmonteur Lukas Tarczali (23):

Gewerbe-Büezer spannen zusammen!

Im Ausbaugewerbe braucht's starke GAV mit Frühpensionierung und mehr Lohn. Da sind sich Stromer-Routinier Hans Eberli und Jung-Heiziger Lukas Tarczali einig. Denn nur so lasse sich der Fachkräftemangel stoppen – und die Energiewende retten.



Hans Eberli, Elektroinstallateur:



Lukas Tarczali, Heizungsmonteur:

«Uns fehlen die Leute»

Eigentlich hat Hans Eberli aus Weinfelden TG kein schlechtes Los gezogen. Als Elektroinstallateur und Bauleiter verdient der 57-jährige «einen schönen Batzen», wie er sagt. Und von zu Hause bis in die Bude braucht er genau vier Minuten. Ausserdem habe er ein Top-Team in der Firma, in der er zu den «Fossilien» gehöre. Zwei Dinge aber geben Eberli schwer zu

«Wir sind nur noch am Seckle und Überstundenbolzen.»

ELEKTROINSTALLATEUR HANS EBERLI

denken: der Fachkräftemangel und der Stress.

Eberli sagt: «Wir sind konstant vier bis fünf Leute zu wenig und könnten auf allen Stufen einstellen.» Bloss finde sich niemand. Auch allen anderen Elektrobetrieben gehe es so. Und das schlage nun voll durch: «Immer öfter müssen wir mehrere Baustellen gleichzeitig bedienen. Da bist du nur noch am Seckle und Überstundenbolzen.» Und Eberli weiss genau: Wenn es so weitergeht, wird's noch schlimmer.

REKORDHOHE LEHRABBRÜCHE

Denn mit der Energiewende gegen die Klimakrise schnellert der Personalbedarf in die Höhe. Allein im Photovoltaik-Bereich braucht es laut dem Bundesamt für Energie eine Verdopplung der Arbeitskräfte auf 12 000 Personen – bis 2030! Und auch die Ladestationen für den E-Auto-Boom muss jemand montieren. Doch schon beim Nachwuchs hapert's. Beinahe 34 Prozent der angehenden Elektroinstallateurinnen und -installateure haben 2017 die Lehre abgebrochen –

ein Negativrekord! Zum Vergleich: Im Durchschnitt aller Berufe wurden nur 22 Prozent der Lehrverträge aufgelöst. Eberli ist nicht erstaunt: «Nach vier Lehrjahren verdienst du zwar 5000 Franken, aber viel höher kommst du nicht so schnell.» Da sei es nur logisch, dass viele Ausgelernte so bald wie möglich ins besser bezahlte Büro wechselten.

STROMER-MARSCH FÜR GAV

Was zu tun wäre, liegt für den Routinier auf der Hand: «Es braucht einen besseren Gesamtarbeitsvertrag!» Der Zeitpunkt wäre günstig. Der geltende GAV läuft Ende Jahr aus, die Neuverhandlungen laufen. Wo der Handlungsbedarf am grössten ist, zeigt eine Unia-Umfrage unter 2000 Berufsleuten: Für 63 Prozent kann der Stromer-Exodus nur mit höheren Löhnen gestoppt werden. 44 Prozent gaben an, sie hätten die Branche schon einmal verlassen wollen. Und für 46 Prozent ist der Termindruck ein Kündigungsgrund.

Eberli vermisst ausserdem die Frühpensionierung. Dass eine solche möglich wäre, zeigt die Elektrobranche im Wallis und in Genf selbst. Dort gelten kantonale GAV inklusive Frühpension. Der nationale Arbeitgeberverband EIT.swiss dagegen stellt bislang auf stur. Doch Gewerkschafter Eberli weiss: «Steter Tropfen höhlt den Stein.» Er ist zuversichtlich: «Bei uns im Osten haben wir eine ziemlich starke Unia-Stromergruppe.» Auch Eberlis Sohn macht dort mit. Zusammen werden die beiden am 1. Mai aufmarschieren, zu Hause in Weinfelden. Und wahrscheinlich auch im Herbst noch mal, wenn die GAV-Verhandlungen in die heisse Phase gehen. (jok)

«Die Löhne sind zu tief»

Nicht nur die Elektrobranche steht gehörig unter Strom, auch bei den Gebäudetechnikern brodelt's. Denn auch ihr Gesamtarbeitsvertrag läuft Ende Jahr aus – und braucht ebenfalls dringend ein Update.

Einer, der sich besonders ins Zeug legt dafür, ist Lukas Tarczali. Der 23-jährige Heizungsininstallateur und passionierte Schweisser aus Schaffhausen sammelt auf seinen Baustellen regelmässig Unterschriften. Um den Druck auf die Arbeitgeber zu erhöhen. Er sagt: «Bisher hat jede und jeder unterschrieben.» Das sei aber auch kein Wunder. Denn: «Überall wird geklagt über Stress und Überstunden.» Selbst er, der erst wenige Berufsjahre auf dem Buckel hat, spüre die Veränderungen schon deutlich. «Das Arbeitsvolumen ist gestiegen, und viele Kollegen haben gekündigt. Was uns bleibt, ist das Ghetz.» Und dies bei unterdurchschnittlichen Bedingungen. Im Vergleich zum berufsverwandten Elektro-GAV etwa schneidet der GAV Gebäudetechnik noch deutlich schlechter ab.

NUR 4400 FRANKEN LOHN

Das zeigt sich etwa beim Lohn. Zwei Jahre nach dem Eidgenössischen Fähigkeitszeugnis (EFZ) verdient ein Gebäudetechniker bis zu 900 Franken weniger als eine Stromerin. Tarczali kommt drei Jahre nach seinem Lehrabschluss auf 4400 Franken im Monat. Da müsse sich die Branche schon noch bewegen. «Sonst können wir die Energiewende vergessen!» Die aber sei ihm sehr wichtig. Deshalb habe er auch kein Problem, eine Wärmepumpe nach der anderen zu installieren. Aber dann sollten wenigstens die Rahmenbedingungen stimmen. Dass es anders ginge, zeigt auch hier die

Westschweiz. Im Kanton Waadt, wo die Gewerkschaften besonders stark sind, gilt nämlich ein separater GAV. Die Unterschiede sind enorm!

DIE WAADT MACHT'S VOR

Der Mindestlohn ein Jahr nach der Lehre liegt 660 Franken höher. Täglich sind 15 Minuten Pausen bezahlt, null Minuten gibt's im Rest der Schweiz. Die Mittagsspesen betragen 21 statt 15 Franken. Der Arbeitsweg wird komplett bezahlt. Auch masslose Überstunden verhindert der Waadtländer GAV. Denn ab einer 45-Stunden-Woche ist jede zusätzliche Stunde mit einem Zuschlag von 25 Prozent zu entschädigen. Und selbst die Frühpensionierung

«Die Branche muss sich bewegen, sonst können wir die Energiewende vergessen!»

HEIZUNGSMONTEUR LUKAS TARCZALI

haben die Vaudois bereits. Tarczali sagt: «All das steht auch uns zu!»

Damit's auch wirklich vorwärtsgeht, engagiert er sich in der lokalen Branchengruppe der Unia – zusammen mit rund 30 Spenglern, Sanitärinnen und Lüftungsanlagebauern. Und diesmal gibt's sogar Support von den Unia-Stromern (siehe links). Deren Berufskonferenz hat nämlich beschlossen, ihre GAV-Kampagne mit jener der Gebäudetechniker zusammenzulegen. «Ein starkes Zeichen», freut sich Tarczali, der seinerseits nichts unversucht lässt. Als Jusomann kandidiert er im Herbst sogar für den Nationalrat. Denn noch fehle sie, «die Büezerstimme in Bundesbern!» (jok)

Visa-freiheit für Kosovo

BRÜSSEL. Endlich! Ab 2024 dürfen auch Kosovarinnen und Kosovaren ohne Visum in die EU und in Schengen-Länder wie die Schweiz einreisen. Das hat das EU-Parlament Mitte April beschlossen. Kosovo ist das einzige Land des Westbalkans, für das die Liberalisierung noch nicht in Kraft getreten ist. Seine Staatsangehörigen müssen vor jeder Privat- oder Geschäftsreise einen langen und teuren Visa-Prozess durchlaufen. In der Schweiz leben rund 115 000 Kosovarinnen und Kosovaren.

10 Jahre nach Fabrikeinsturz

BERN/DHAKA. 1138 Tote und 2000 Verletzte – so lautet die Bilanz von «Rana Plaza». Die Textilfabrik in Bangladesh war am 24. April 2013 eingestürzt. Am 10. Jahrestag fand in Bern eine Mahnwache statt. Auch eine Unia-Delegation war dabei. Die Gewerkschaft anerkennt, dass Näherinnen heute mehr Sicherheit haben – dank einem



ERINNERN UND KÄMPFEN: Mahnwache in Bern.

Abkommen über Brandschutz und Gebäudesicherheit. Doch sie kritisiert, dass dieses Abkommen in der Schweiz erst Coop, Migros, Tally Weijl und Triumph unterzeichnet haben.

Mordskater bei Wirteverband

MEILEN ZH. Lustig zu und her geht's offenbar beim Zürcher Wirteverband. Drei einstige Angestellte, darunter der Ex-Chef und SVPLer Karl E. Schroeder, sollen 440 000 Franken aus der Verbandskasse abgezweigt haben. So der Vorwurf von Schroeders Nachfolger. Draufgegangen sei die Summe für Umstandsmode, Brautkleider, Parfums, Zigarren, Weine und – man staunt – Raumdecksprays! Trotzdem herrscht jetzt dicke Luft. An der Delegiertenversammlung in Meilen wurde Schroeder ausgebaut und von der Bühne geholt. Dieser wehrte sich: «Geraucht und getrunken haben alle, auch die heutigen Vorstandsmitglieder!»

Bund vs. Genfer Gewerkschaften

STRASSBURG. Mit ihrem rigiden Demoverbot während des Corona-Lockdowns hat die Schweiz die Versammlungsfreiheit verletzt. Zu diesem Urteil kam der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) im März 2022. Geklagt hatte der Genfer Gewerkschaftsbund – wegen der Ungleichbehandlung von Unternehmern und Lohnabhängigen. Jene durften diese weiterhin an den Arbeitsplatz bestellen und dort einem hohen Ansteckungsrisiko aussetzen. Doch ausserhalb der Betriebe war es den Arbeitenden nicht erlaubt, sich zu versammeln. Die Schweiz hat das Urteil angefochten. Nun fand am 12. April eine Anhörung vor der Grossen Kammer des EGMR statt. Das finale Urteil folgt.



Stop Mobbing und Sexismus! Búezerinnen bereit für den Frauenstreik

Eine Unia-Umfrage zu den Arbeitsbedingungen für Frauen auf dem Bau zeigt erschreckende Ergebnisse. Deshalb stellen die Búezerinnen für den grossen Frauenstreik am 14. Juni vier starke Forderungen auf.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Ob Malerinnen, Elektrikerinnen oder Maurerinnen – für viele Frauen sind die Arbeitsbedingungen in Bauberufen schwierig (work berichtete: rebrand.ly/stammtischbau). Das zeigen auch die Ergebnisse einer Unia-Umfrage, die an Frauen auf dem Bau gerichtet war. Fast 300 Búezerinnen ha-



PROBLEMZONE BAU: In der Branche arbeiten immer noch wenige Frauen – aus vielen Gründen. FOTO: DANIEL AMMANN

ben ihre Erfahrungen geteilt – die Ergebnisse sind teilweise schockierend.

Über 90 Prozent der Befragten gaben an, dass auf den Baustellen saubere WC mit fliessendem Wasser und Abfallkübeln fehlen. Für Daniela

Mehr als 25 Prozent der Befragten erlebten bei der Arbeit sexualisierte Gewalt.

Karst, Unia-Kampagnenverantwortliche «Frau auf dem Bau», ein Alarmsignal: «Für Männer sind dreckige WC ein Hygieneproblem – für Frauen sind sie ein Gesundheitsproblem!» Besonders während der Menstruation sind saubere WC unabdingbar.

Yelines Hofer, Malerin aus Olten, sagt: «Wir brauchen sofort saubere WC.» Denn bezüglich Hygiene geht es auf dem Bau gerade rückwärts statt vorwärts. Noch während der Pandemie waren die Firmen auf den Baustellen verpflichtet, fliessendes Wasser zur Verfügung zu stellen. Heute fehlt das Wasser wieder auf vielen Baustellen.

GEWALT UND BELÄSTIGUNG

Über 25 Prozent der befragten Búezerinnen haben ausserdem angegeben, am Arbeitsplatz sexualisierte Gewalt zu erleben. Auch Mobbing mussten viele erdulden. Damit muss sofort Schluss sein! Deshalb trafen sich die Bau-Frauen der Unia am 22. April zu einer Versammlung in Bern und beschlossen vor Ort vier Forderungen für den kommenden Frauenstreik:

- saubere Toiletten auf der Baustelle,
- Ende von Mobbing, Belästigung und sexualisierter Gewalt am Arbeitsplatz,
- Arbeitszeitverkürzung und bessere Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben,
- höhere Löhne.

FRAUENSTREIK AUF DEM BAU

Bruna Campanello ist Co-Sektorleiterin Sektor Gewerbe und Mitglied der Geschäftsleitung Unia. Sie sagt: «Der Zeitpunkt, für bessere Arbeitsbedingungen einzustehen, ist genau jetzt!» Denn zurzeit fehlten auf den Baustellen die Fachleute, weshalb immer mehr Bauunternehmen versuchten, Frauen anzustellen.

An der Versammlung diskutierten die Búezerinnen, was sie am Frauenstreik auf die Beine stellen wollen. Denn der 14. Juni ist bald da. Eine Malerin hat ihr Plakat schon parat. Darauf steht: «Für eine saubere Baustelle!»

Tessin: Skandal-Entlassung bei der Post

Pöstlerin fordert planbare Zustelltoouren – und wird geschasst

Weil sie ihr Kind pünktlich vom Kindergarten abholen wollte, stellte die Post eine Tessiner Pöstlerin auf die Strasse. Zu Unrecht, urteilten die Gerichte. Doch die Post muss sie trotzdem nicht wieder anstellen.

RAFFAELLA BRIGNONI*

Es ist ein haarsträubender Fall: Eine Pöstlerin hatte darum gebeten, ihre Zustelltoouren jeweils um 12.30 Uhr abzuschliessen, um ihre Tochter pünktlich vom Kindergarten abholen zu können. Daraufhin hat die Post die Frau, die zu einem 60-Prozent-Pensum angestellt war, entlassen.

Für Chiara Landi, Unia-Sekretärin und Präsidentin der SGB-Frauen Tessin, ist klar: «Diese Frau wurde entlassen, weil sie ihre Rechte einforderte. Das ist ein typischer Fall einer missbräuchlichen Kündigung.» Solche Entlassungen hätten nicht

«Solche Fälle sind nicht mehr tolerierbar.»

CHIARA LANDI, PRÄSIDENTIN SGB-FRAUEN TESSIN

nur gravierende Auswirkungen auf das Berufsleben, sondern auch auf das Privatleben und die Gesundheit der Betroffenen.

ZWEIFELHAFTE UNTERNEHMENSPOLITIK

Die Pöstlerin war Teil der Personalkommission und forderte planbare Arbeitszeiten, um Familie und Beruf besser zu vereinbaren. Marco Forte, Regioleiter der Syndicom im Tessin, erklärt: «Die Post wollte den Forderungen der Mitarbeiterin nicht nachkommen, weil sie keinen Präzedenzfall schaffen wollte. Und um Teilzeitarbeitende auch weiterhin möglichst flexibel einsetzen zu können.»

Forte erklärt dieses Vorgehen mit der Unternehmenspolitik der Post. Sie wolle «immer weniger Vollzeitstellen garantieren, während Teilzeitarbeitende über lange Zeiträume für viel mehr Stunden eingesetzt werden, als es ihrem tatsächlichen Pensum entsprechen würde». Eine solche Arbeitsorganisation bedeutet für Pöstler und insbesondere Pöstlerinnen zunehmend Druck, weil sie so Beruf und Familie



EISKALT ABSERVIERT: Statt einer jungen Mutter die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen, schickte die Post ihr die Kündigung. SYMBOLBILD: KEYSTONE

kaum unter einen Hut bringen. Für SGB-Frau Landi ist klar: «Solche Fälle sind nicht mehr tolerierbar.» Ohne Schutz vor missbräuchlicher Kündigung sei jedes Arbeitsverhältnis an sich schon prekär, und die einzelnen Arbeitnehmenden, ihre Familien und die gesamte Gesellschaft würden weiterhin einen sehr hohen Preis zahlen.

BESSERER KÜNDIGUNGSSCHUTZ

Deshalb fordern die Gewerkschaft Syndicom und der Schweizerische Gewerkschaftsbund den Bundesrat auf, einzugreifen, um die Gesetzeslücken bei ungerechtfertigten Kündigungen zu schliessen. Denn, so Landi, Frauen seien von ungerechten und diskriminierenden Kündigungen besonders betroffen. Zusätzlich stossend: der Fall ereignete sich 2017. Die Tessiner Gerichte erklärten seither die Entlassung als missbräuchlich. Trotzdem ist die Post, die zu 100 Prozent dem Bund gehört, nicht verpflichtet, die Frau wieder

einzustellen. Für Syndicom-Mann Forte ist es nicht länger hinnehmbar, dass sich die gelbe Riesein weigert, die Frau wieder zu beschäftigen, obwohl «die zuständigen Justizbehörden die Kündigung als missbräuchlich anerkannt haben».

Für die Gewerkschaften bestätigt dieser Fall aus dem Kanton Tessin die Schwäche des Kündigungsschutzes in der Schweiz, besonders auch hinsichtlich antigewerkschaftlicher Kündigungen. Gewerkschafter Forte: «Die Lücken sind enorm, so sehr, dass die Schweiz aus diesem Grund sogar auf der schwarzen Liste der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) steht.» Der Kampf der Pöstlerin für ihre Rechte muss für Marco Forte «der Ausgangspunkt für eine Gesetzesänderung sein, hin zum mehr Schutz für jene, die für ihre Rechte und die ihrer Kolleginnen und Kollegen kämpfen».

* Dieser Artikel erschien zuerst in der italienischsprachigen Unia-Zeitung Area.

Frauenstreik-Video: Verkäuferin Laura Gonzalez (36) erklärt ihre Branche Am Set mit work-Kolumnistin Gonzalez

Die Zürcher Verkäuferin Laura Gonzalez steht für die Unia vor die Kamera – und verrät ihr Rezept gegen Macho-Chefs und altmodische Jobmodelle.

JONAS KOMPOSCH

An Erfahrung mangelt es Laura Gonzalez nicht. Die 36jährige Zürcherin war einst Schreinerin, hat später in einem Ingenieurbüro gejobbt und wurde dann Club-Türsteherin. Anschliessend machte sie einen Abstecher in die Gastronomie, bevor sie Kioskverkäuferin wurde und schliesslich in den Detailhandel wechselte. Zudem ist sie Mutter eines siebenjährigen Sohnes. Und vor kurzem hat die talentierte Zeichnerin eine Ausbildung zur Illustrationsdesignerin begonnen.

VIELE CHEFS, KAUM CHEFINNEN

Vor der Kamera aber stand sie noch nie. Trotzdem sagte sie sofort zu, als work sie für ein Frauenstreik-Video anfragte. Doch jetzt, kurz vor dem Dreh, gesteht Gonzalez: «Etwas nervös bin ich schon.» Die Vorfreude überwiegt aber. Denn: «All das zu thematisieren ist einfach befreiend!» Was also ist es genau, was Gonzalez zur glühenden Frauenstreik-Verfechterin macht? «Uff, wo soll ich beginnen?» Lang studieren muss



UND «ACTION»! Verkäuferin Gonzalez beim Videodreh. FOTO: JONAS KOMPOSCH

Gonzalez aber nicht. «Ganz zentral ist der Lohn.» Im Verkauf verdient fast alle zu wenig – und zwar Frauen wie Männer.

«WIR HABEN GENUG!»

Das Frauenstreik-Video mit Laura Gonzalez gibt's ab dem 16. Mai online zu sehen: unia.ch/countdown-frauenstreik

Doch die Frauen hätten es nochmals schwerer. Lohngleichheit existiere oft nur auf dem Papier. Erst kürzlich habe sie gesehen, dass ein Verkäufer ohne besondere Verantwortung gleich viel verdiene wie seine Vorgesetzte. «Umgekehrt wäre so was doch unvorstellbar!» meint Gonzalez. Aber die Chefs kämen halt häu-

fig durch damit. Gonzalez sagt bewusst «Chefs» und nicht «Chefinnen». Denn: «Im Detailhandel kannst du die Frauen in leitender Position an einer Hand abzählen.» Auch das habe einen einfachen Grund: «Wir müssen oft Teilzeit arbeiten – wegen der Kinder. Und Teilzeitangestellte haben im Verkauf praktisch keine Aufstiegsmöglichkeiten. Da sind die noch stockkonservativ!» Und das lassen sich die Verkäuferinnen gefallen?

VERKÄUFERINNEN-DEMO

«Es gibt durchaus Frauen, die das Maul aufmachen», sagt Gonzalez. Doch dann heisse es sofort «Die ist halt emotional.» Oder es fielen Sprüche wie «Du siehst ja

schon nicht schlecht aus. Mal schauen, ob du auch was kannst.» Solchen Sexismus kann Gonzalez nicht mehr hören: «Sagen Männer so was etwa auch zu Männern?!»

Sich zu wehren brauche aber eine gute Portion Mut. Gerade Kolleginnen über 50 trauten sich oft nicht – aus Angst, den Job zu verlieren. Das werde eiskalt ausgenutzt. «Ich habe schon oft gesehen, dass Frauen mit vielen Jahren Berufserfahrung einen tieferen Lohn haben als Neueingestellte.» Ein weiteres Dauerthema ist die Arbeitsleistung. Frauen müssten oft das Doppelte leisten, um gleich viel Anerkennung zu erhalten wie Männer. Auch das wüssten die Chefs zu nutzen: «Die sind ja nicht blöd. Die merken schnell: «Ah, die kann was, die arbeitet ja für zwei.» Und schon versuchen sie, dieses Tempo zum Standard zu machen.»

Diese Masche zieht bei Gonzalez schon lange nicht mehr. «Ich habe gelernt Stop zu sagen.» Ein extralautes «Stop» gibt's von Gonzalez am 14. Juni. Schon am Frauenstreik 2019 war sie dabei, damals noch allein. Diesmal organisiert Laura mit der Unia einen Verkäuferinnen-Block. Auch ihre Arbeitskolleginnen machen mit. «Die sind nämlich ziemlich hässig!»



MISERABEL BEZAHLT: Trotz Siebentagewoche reicht das **Erwerbseinkommen für Elena Guarin nirgends hin.** Ihr Grundlohn beträgt zurzeit 20 Franken und 20 Rappen pro Stunde. FOTO: NICOLAS ZONVI

Zürich stimmt ab: Ein Mindestlohn für Menschen wie Reinigerin Elena Guarin (45)

«Jeder Rappen mehr wäre ein Fortschritt!»

Sie hat vier Jobs, schläft vier Stunden und isst nur zweimal pro Tag. Trotzdem reicht das Geld manchmal nicht. Die Reinigerin Elena Guarin sagt, was ein Mindestlohn von 23 Franken 90 für sie und ihre Söhne ändern würde.

CHRISTIAN EGG

Kurz vor fünf Uhr morgens muss Elena Guarin zu Hause weg. Denn vom aargauischen Fisibach bis nach Zürich hat sie eine Stunde. Mindestens. Und um sechs beginnt die Arbeit. Zwei Stunden lang putzt sie Büros. Dann fährt sie zur nächsten Arbeit: Halb neun bis halb elf putzt sie eine Disco. Jeden Tag, auch Samstag und Sonntag.

Elena Guarin kommt mit ihren vier Jobs auf rund 3400 Franken pro Monat.

Nur am Dienstag nicht, erklärt die 45jährige: «Am Montag ist die Disco zu. Darum putze ich am Dienstag das Haus einer Privatperson.» Weiter geht's dann, wenn andere Feierabend haben: Von sechs Uhr abends bis halb neun oder neun reinigt sie erneut Büros.

Das sind rund 39 Arbeitsstunden pro Woche, verteilt auf sieben Tage. Doch damit nicht genug: «Manchmal rufen sie mich an, wenn im Hallenstadion ein Konzert war. Dann putzen wir in der Nacht, so ab zehn Uhr.» Wenn es bis zwei Uhr morgens dauert, fährt sie nach Hause. Wenn sie erst um vier fertig ist, schläft sie im Auto – ein, zwei Stunden. Denn um sechs beginnt wieder Job Nummer eins.

STÄNDIGE GELDSORGEN

Im Schnitt habe sie etwa vier Stunden Schlaf pro Nacht, sagt die alleinerziehende Mutter mit kolumbianischem und spanischem Pass. Mehr als das plagen sie die ständigen Geldsorgen. Bei allen Arbeitgebern ist sie zum Grundlohn von 20 Franken 20 pro Stunde angestellt. Zwar kommen dazu noch Entschädigungen für Ferien, Feiertage und den 13. Monatslohn. Trotzdem kommt Guarin mit ihren vier Jobs nur auf rund 3400 Franken pro Monat. Brutto. Und zählt damit zu den Working Poor – Menschen, deren Einkommen trotz Vollzeitjob kaum oder gar nicht zum Leben reicht. 17000 von ihnen gibt es allein in der reichen (und teuren) Stadt Zürich.

Doch damit könnte bald Schluss sein. Dank einer Initiative von Gewerkschaften und anderen Organisationen stimmt die Stadt am 18. Juni über einen gesetzlichen Mindestlohn ab. Er soll bei 23 Franken 90 pro Stunde liegen – einem Betrag, der sich an den Ergänzungsleistungen orientiert. Heute muss die öffentliche Hand zahlreichen Working Poor den Lohn mit Sozialhilfe aufstocken, weil er sonst nicht zum Leben reicht. Tiefstlöhne kommen somit auch die Gemeinden und die AHV-Kasse teuer zu stehen, ein Mindestlohn würde sie entlasten.

FÜR DIE SÖHNE TUT SIE ALLES

Elena Guarin bezieht keine Sozialhilfe. Sie sagt: «Das ist für Leute, denen es noch schlechter geht als

Mehr Respekt für die Putz-Büez

Der feministische Streik vom 14. Juni 2023 steht unter dem Motto «Lohn – Zeit – Respekt!» Von allen drei könnte Elena Guarin mehr gebrauchen. Vor allem aber vermisst sie den Respekt vor dem, was sie macht. «Das wünsche ich mir: dass sich die Leute bewusst werden, wie wichtig unsere Arbeit ist.»

MINDERWERTIG. Immer wieder erlebe sie es, dass sie eine Wohnung putze und ein Stundenlohn von 30 Franken abgemacht sei. «Und wenn ich fertig bin, heisst es: Es gibt nur 23 Franken.» Solche Frechheiten erlaubten sich die Leute nur, weil das Putzen als minderwertige Arbeit angesehen werde, sagt sie: «Dem Sanitär sagst du auch nicht: Ich zahle nur 80 Prozent der Rechnung!» (che)

mir. Ich schaffe das.» Aber knapp, denn viele Ausgaben sind fix: 1600 Franken Miete, 400 fürs Benzin, 340 für die Krankenkasse. Dazu kommen die Lebenskosten für ihre beiden Söhne, 25 und 21 Jahre alt. Beide studieren Informatik in Spanien, wo auch Guarin bis vor zwei Jahren gelebt hat. Jeden Monat überweist sie ihnen Jungs 500 Franken, manchmal auch 700 – «was ich halt kann».

Zusammen mit Strom, Steuern und Handyabo sind das schon über 3000 Franken pro Monat. Und das Essen? Die Reinigerin lacht und sagt: «Für April habe ich mir vorgenommen, kein Essen zu kaufen.» Wie bitte? Guarin erklärt: In der Consulting-Firma, wo sie am Abend putze, habe es nach den Sitzungen jeweils Früchte, Salate, Sandwiches und so weiter übrig. «Die Chefs dort schauen zu uns.» Einer sei Portugiese, erzählt sie: «Der hat mir mal gesagt: Meine Eltern haben auch mit Putzen angefangen.»

ZMITTAG IST GESTRICHEN

Mit diesen Resten komme sie meist gut über die Runden, so Guarin. Fast beiläufig ergänzt sie, sie esse halt nur zweimal am Tag, Frühstück und Abendessen. Wie das gehe, bei einer körperlich so anstrengenden Arbeit? Wieder zuckt Guarin die Schultern. Woher nehmen und nicht stehlen? Vielleicht bald von einem gesetzlichen Min-

«Für April habe ich mir vorgenommen, kein Essen zu kaufen.»

REINIGERIN ELENA GUARIN

destlohn. Zusammen mit der Unia hat Guarin errechnet, dass dieser ihr Einkommen um 300 bis 400 Franken pro Monat verbessern würde. Was würde das ändern für sie? «Hombre! Bei mir wäre jeder Rappen ein Fortschritt! 300 Franken, das ist brutal viel Geld!» Sie könnte das essen, was sie mag. Sie würde vielleicht mal einen Einsatz im Hallenstadion auslassen und dafür richtig schlafen.

Und vor allem: «Ich würde nach Spanien fahren und meine beiden Söhne sehen!»



Frauenstreikzahl:

25 Prozent

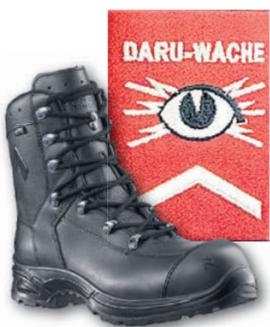
weniger Lohn erhalten verheiratete Frauen im Vergleich mit verheirateten Männern. Im Alter zwischen 30 und 40 Jahren sind die Unterschiede am grössten. Aktuelle Zahlen des Bundes zeigen: Sobald Frauen Mütter werden, stagnieren ihre Löhne.

Daru-CEO Häfliger: Fake News verbreiten und weitergeizen

Nach monatelanger Kritik und Schlagzeilen wegen schlechter Arbeitsbedingungen reagiert die Daru-Wache – mit einem Leistungsabbau! Und will diesen der Unia in die Schuhe schieben.

CHRISTIAN EGG

Ein Wasserspender, aber kein Wasser. Ende Monat wird nicht der ganze Lohn ausbezahlt. Und Büro- und Putzmaterial gibt's grundsätzlich nicht, weil unnötig: Schon mehrmals berichtete work über Missstände in der Sicherheitsfirma Daru-Wache. Zuletzt packte im März ein Kadermann aus und berichtete von der «totalen Batzenklemmerei», ganz besonders von CEO Armin Häfliger. Auch die Entschädigung für Sicherheitsschuhe hatte der



TEURE SOHLEN: Sicherheitsschuhe sind für die Daru-Mitarbeitenden zwingend. FOTOS: ZVG/PO

Kadermann kritisiert, sie sei mit nur 5 Rappen pro Arbeitsstunde «lächerlich» tief (rebrand.ly/wasserspender).

In diesem Punkt hat die Daru nun reagiert – mit einer Verschlechterung! In der Betriebszeitschrift «Daru-News» äussert sich CEO Häfliger persönlich zum Thema – wie gewohnt wortreich. Er lobt zuerst den «Spezialrabatt» für Mitarbeitende, den die Firma mit dem Hersteller Haix ausgehandelt habe. Zahlen nennt er nicht. Laut einem Daru-Dokument, das work vorliegt, kostet der entsprechende Schuh inklusive Rabatt knapp 200 Franken.

VERGÜTUNG MEHR ALS HALBIERT

Nach zwei Seiten kommt Häfliger zum Punkt: Statt fünf Rappen zahlt die Daru seit Januar nur noch zwei Rappen pro Stunde. Für den

Schuh aus dem Mitarbeitenden-Angebot sind somit 10000 Arbeitsstunden nötig, also etwa fünf Jahre Vollzeitarbeit. Für

Teilzeiter mit einem Pensum bis 900 Stunden im Jahr – in der Branche sind das die Mehrheit der Mitarbeitenden – dauert es sogar über elf Jahre, bis die Schuhe abbezahlt sind! Zwar zahlt die Daru neu, wie gesetzlich vorgeschrieben und von der Unia gefordert, für die Schuhe einen fixen Betrag im Voraus. Aber nur 60 Franken. Erst nach 3000 Arbeitsstunden gibt's die nächsten 60 Franken. Igor Zoric, bei der Unia für die Security-Branche zuständig, kritisiert: «Das ist ein Leistungsabbau um mehr als die Hälfte.»

FAKE NEWS GEGEN UNIA

Mehr noch: Häfliger versucht, die Verschlechterung der Unia in die Schuhe zu schieben sowie den Mitarbeitenden der Daru-Tochterfirma GSD, die sich mit Hilfe der Unia gegen zahlreiche Missstände wehrten (work berichtete: rebrand.ly/teigwaren). Wörtlich schreibt Häfliger, es sei gelungen, sich mit der Unia «gütlich auf eine neue Spesenmodalität zu einigen».

Igor Zoric widerspricht: «Das sind Fake News. Wir haben uns auf nichts geeinigt. Sondern haben der Daru klargemacht, dass sie die Kosten der Schuhe im Voraus übernehmen muss. Darauf hat die Daru den Betrag auf ein absolutes Minimum festgelegt.» Wie die Daru dazu kommt, diese Falschmeldung zu verbreiten, bleibt unklar. Auf Anfragen von work hat sie nicht reagiert.

Was den Arbeitgebern zum «Fachkräftemangel» einfällt 70 Stunden pro Woche arbeiten, bis es nicht mehr geht ...

Die Arbeitgeber haben ihre alten Arbeitszeit-Forderungen aus der Schublade geholt. Und sich beim Abstauben nicht einmal besonders Mühe gegeben.

CLEMENS STUDER

Auf dem ganzen Erdenrund scheint es kein Problem zu geben, für das der Arbeitgeberverband nicht eine Lösung hätte. Blöd nur, dass es immer die gleiche ist: Arbeitsbedingungen verschlechtern, Arbeitszeiten verlängern.

Die aktuelle Herausforderung heisst «Fachkräftemangel». Die Antwort der organisierten Arbeitgeber darauf:

- Länger arbeiten pro Woche (bis 70 Stunden).
- Länger arbeiten pro Jahr (weniger Ferien).
- Länger arbeiten pro Leben.
- Mehr Sonntagsarbeit.
- Geldstrafen für teilzeitarbeitende Akademikerinnen und Akademiker.

So weit, so alt. Neu ist daran nur der Aufhänger: der «Fachkräftemangel». Konkret: Seit einiger Zeit müssen sich in vielen Branchen die Chefs Mühe geben, wenn sie Arbeitnehmerinnen halten und

Statt Fortschritt wollen die Arbeitgeber das Rad zurückdrehen.

neue Arbeitnehmer gewinnen wollen. Die vernünftigen Chefinnen verbessern darum die Arbeitsbedingungen. Denn die sind auch über die verweigerten Lohnerhöhungen der vergangenen Jahre hinaus zunehmend problematisch geworden. Viele Arbeitnehmende beklagen sich über Leerläufe und sinnlosen Stress an ihrem Arbeitsplatz. Gleichzeitig hat sich die Zahl der Vorgesetzten in den letzten 20 Jahren fast verdoppelt. Die



ENDLICH FEIERABEND? Der Arbeitgeberverband will, dass wir chranpfen bis zum Umfallen. FOTO: ISTOCK

weniger intelligenten Chefs jammern einfach weiter, und die Ideologen in den Verbänden wollen dagegen die Arbeitsbedingungen weiter verschlechtern.

PENSIONIERTE BABYBOOMER

Klar ist, dass die geburtenstarken Jahrgänge derzeit das Rentenalter erreichen. Und die Teilzeitarbeit nimmt zu. Auch weil die Erwerbsbeteiligung der Frauen erfreulicherweise steigt. Frauen, aber auch Männer, die hälftige Verantwortung bei der Kinderbetreuung übernehmen, können Arbeit und Familie oft nur mit einer Teilzeitanstellung vereinbaren. Wenn sie sich es leisten können und nicht in Tieflohnbranchen arbeiten.

NEUE SÜNDENBÖCKE

Wenn in immer mehr Branchen immer mehr Chefs immer weniger Leute finden, die für die angebotenen Arbeitsbedingungen arbeiten wollen, gäbe es zahlreiche Möglichkeiten, die Stellen attraktiver zu machen. Zum Beispiel mehr

Lohn und mehr Respekt. Stattdessen wollen die Arbeitgeber das Rad zurückdrehen. Und haben jetzt ein neues Feindbild entdeckt: gut ausgebildete Menschen, die es sich leisten können, Beruf und Privatleben dank Teilzeitpensen besser zu vereinbaren. Sie sollen einen Teil der Ausbildungskosten zurückerstatten, also faktisch eine Geldbusse bezahlen.

ECHTE LÖSUNGEN

Eigentlich müssten die Arbeitgeber von alleine darauf kommen, schliesslich wollen sie sonst ja immer machen, was «der Markt will».

Ansatz 1: Über 200 000 Erwerbslose sind auf Stellensuche, finden aber keine Arbeit.

Ansatz 2: Anständige Löhne, die zum Leben reichen. Das heisst: Keine Löhne unter 4500 Franken mehr für 100 Prozent Arbeit. Und wer eine Lehre abgeschlossen hat, muss mindestens 5000 Franken verdienen.

Ansatz 3: Ein Arbeitsumfeld, das

die Arbeitenden ernst nimmt und sie respektvoll behandelt.

POSTI-ZETTEL DER VERBÄNDE

Die Forderungen der Arbeitgeber sind so weit von den gesellschaftlichen Realitäten entfernt und so weit von den Bedürfnissen der Lohnabhängigen, dass sie eigentlich ignoriert werden könnten. Leider geht das nicht. Weil was die Arbeitgeberverbände bestellen, über kurz oder lang ins Bundesparlament schwappt. Denn die Parlamentarierinnen und Parlamentarier von SVP, FDP, GLP und Mitte müssen etwas leisten für die Spenden und Nebenjöhls und den Postizettel der Verbände mit Vorstossen abarbeiten.

Die fortschrittlichen Parteien sind deshalb regelmässig mit Referenden gefordert. Und die Gewerkschaften in den Branchen bei den GAV-Verhandlungen. Denn dort versuchen die Chefinnen und Chefs als erstes, auszuloten, wie weit sie die «Zitrone Lohnabhängige» noch auspressen können.

Aufstand mit der Pfeife in der Hand Toblerone-Büezer wagen was!

Seit zwei Monaten ringen die Arbeiterinnen und Arbeiter der Toblerone-Fabrik in Bern um eine faire Lohnerhöhung. Dafür haben sie sich einiges einfallen lassen.

CHRISTIAN EGG

Dieser Arbeitskampf interessiert die ganze Schweiz: Rund 200 Arbeitende der Toblerone-Fabrik in Bern Brünnen treten an gegen den US-Milliardenkonzern Mondelez. Sie fordern 6 Prozent mehr Lohn. Er bot zuletzt gerade mal 1,8 Prozent – und brach dann einseitig die Verhandlungen ab. Doch das Kräfteressen geht weiter, und ein Blick zurück zeigt, wie kreativ die Schoggi-Büezerinnen und -Büezer für ihre Sache kämpfen.

MUTIGE BÜEZERDEMOKRATIE

In anderen Ländern ist es gang und gäbe, in der Schweiz war es ein seltener Schritt: Am 1. März, kurz vor den Lohnverhandlungen, stellte die Belegschaft ihre Forderungen den Medien vor. Im Rampenlicht stand Werkselektriker Urs Brunner (52). Er erklärte, ordnete ein, beschrieb die Stim-



STARKER AUFTRITT: Toblerone-Elektriker Urs Brunner. FOTO: WORK

mung im Team. Für Brunner eine ungewohnte Aufgabe. Doch mit seiner Art kam er an. Und mit seiner Botschaft sowieso. «Blick», work und sämtliche Tamedia-Zeitungen interviewten den engagierten Toblerone-Mann (rebrand.ly/einen-zacken-mehr). Sein Team dankte. Dem Konzern dagegen

bereitete die grosse Aufmerksamkeit Sorgen. Zumal Brunner und seine Leute auch noch eine bemerkenswerte Petition auf die Beine stellten. «Teuerung und Krankenkassenerhöhung müssen durch eine generelle Lohnerhöhung ausgeglichen werden», hiess es da. 109 Beschäftigte unterzeichneten. Und das, obwohl sie wussten, dass die Petition der Geschäftsleitung gezeigt würde. Viele liessen sich zudem fotografieren mit dem Slogan «6 Prozent mehr!». Das stärkte den Büezern in der Verhandlungsdelegation den Rücken – und der Geschäftsleitung war es eine Mahnung.

Mehrfach traf sich die Belegschaft zur Betriebsversammlung im Werk, eingeladen von der Personalkommission und begleitet von der Unia. Dort wurde nicht nur rege diskutiert, sondern auch demokratisch entschieden. Zum Beispiel nach der ersten Verhandlungsrunde: Die Versammlung bestimmte, dass die Unia und die Verhandlungsdelegation auch weiterhin 6 Prozent fordern sollen. Oder als die Geschäftsleitung schon nach der vierten Runde die

Gespräche abbrechen wollte: Da entschied die Belegschaft, den Lohnkampf weiterzuführen. Und so wurde es am 27. März plötzlich laut vor der Toblerone-Fabrik.

CHEFS SCHOCKIERT

Gegen 13 Uhr begannen die Gespräche zwischen Management und Belegschaft, oben, im dritten Stock des Gebäudes. Gleich zu Beginn erklärten die Konzernvertre-

Dass ihre Fabrik plötzlich im Rampenlicht stand, gefiel den Chefs gar nicht.

ter, Mondelez könne höchstens 1,5 Prozent zahlen. Viel weiter kamen sie nicht. Beim Werkseingang hatten sich rund 20 Arbeiterinnen und Arbeiter versammelt. Und die boten der Geschäftsleitung ein ohrenbetäubendes Trillerpfeifenkonzert. Ein Schock! Einen solchen Protest hatten sie in Brünnen seit Jahrzehnten nicht gesehen. Und: Die Toblerone-Chranpfer machten deutlich, dass sie auch zu mehr bereit sind.



Schweizer Pass: Zwei aussergewöhnliche Lebensgeschichten

Herkunft, Heimat, Hindernisse

IN DIE WIEGE GELEGT: Simone Kreuz wurde in Brasilien als Schweizerin geboren. Erst seit 15 Jahren lebt sie hier. FOTO: MANU FRIEDERICH

Während Enrique Ros schon seit Geburt Berner ist, fehlte ihm viele Jahre lang der rote Pass. Umgekehrt war es bei Simone Kreuz: Sie wurde als Schweizerin geboren, ist im Herzen aber Brasilianerin.

DARIJA KNEŽEVIĆ

work trifft Enrique Ros (67) in einem Café neben dem wohl bekanntesten Wahrzeichen Berns – dem Zytglogge. «Dass wir hier im Herzen von Bern edlen italienischen Kaffee trinken, wäre vor 50 Jahren unvorstellbar gewesen», sagt Ros. Er ist pensionierter Professor, Gymnasiallehrer und Dokumentarfilmer – und kennt in der Altstadt jede Gasse, jede Ecke. Denn Ros ist als Sohn von spanischen Arbeitsmigranten 1955 in der Bundeshauptstadt geboren und gross geworden. Seine Eltern betrieben das Restaurant Commerce und brachten die spanische Küche nach Bern. Ros erinnert sich: «Damals lebte in der Altstadt und in der Matte die Unterschicht. Alte, Alkoholiker und Ausländer.»

Nachdem Ros seine ersten Jahre bei seinen Grosseltern in Spanien verbracht hatte, kam er mit etwa sieben Jahren retour in die Schweiz. An seine ersten Schuljahre erinnert sich der heute 67jährige noch gut: «Meine Lehrpersonen konnten meinen Vornamen Enrique nicht aussprechen, deshalb wurde ich «Quä Quä» oder «der Spanier» genannt.» Als Kind habe er auch nie Freunde mit nach Hause genommen. «Ich habe mich geschämt,

dass meine Familie anders war», sagt er. Für Migrantinnen und Migranten war es damals eine schwere Zeit im fremdenfeindlichen Bern, besonders angesichts der Schwarzenbach-Initiative, die dazu geführt hätte, dass bis zu 400 000 Menschen aus der Schweiz ausgeschafft worden wären (work berichtete: rebrand.ly/nie-mehr).

DER GANG ZUR BEHÖRDE

Als Ros volljährig wurde, wagte er den ersten Versuch der Einbürgerung. Dafür musste er bei der Fremdenpolizei in Bern anfragen. «Schon nur der Gang zu dieser Behörde war entwürdigend. Das Büro befand sich in einem dunklen Souterrain, auf kalten Holzbänken wartete man, bis man aufgerufen wurde», erinnert sich Ros. Im Einbürgerungsgespräch kam irgendwann das Thema Militärdienst auf. «Zu dieser Zeit sah ich mich in der Tradition der 68er und als Hippie! Militärdienst kam für mich gar nicht in Frage», sagt Ros.

Das kam nicht gut an. Sein Gegenüber meinte, Schweizer zu werden sei eine grosse Ehre mit wichtigen Pflichten. Wenn er den Militärdienst verweigere, werde das notiert, und er könne nie mehr Schweizer werden. So klappte es mit der Einbürgerung vorerst nicht. Erst als Ros in den 1990er Jahren eine Schweizerin heiratete, erhielt er den Pass.

ZUERST WAR ES NUR EIN PASS

Den Pass hatte Simone Kreuz schon seit ihrer Geburt, er wurde ihr quasi in die Wiege gelegt. Diese Wiege stand in Brasilien. Kreuz sagt: «Auf dem Papier war ich schon immer Schweizerin, doch im Herzen bin ich Brasilianerin.» Die heute 35jährige ist in Brasilien geboren und aufge-



LANGE DARUM GEKÄMPFT: Enrique Ros wurde in Bern geboren, doch erst in seinen Vierzigern bekam er endlich den Schweizer Pass. FOTO: MATTHIAS LUGGEN

wachsen. Ihr Grossvater aus Kapellen BE ist als Kind nach Brasilien ausgewandert. Er wurde dort während des Zweiten Weltkriegs von Schweizer Verwandten adoptiert. Bezug zu ihrer Herkunft hatte Kreuz

«Meine Lehrer nannten mich nur «Quä Quä» oder «den Spanier»».

ENRIQUE ROS, PENSIONIERTER PROFESSOR

wenig. «Mein Grossvater hat uns nicht viel über die Schweiz erzählt. Er war ein sehr zurückhaltender Mann – ein typischer Berner halt», sagt sie mit einer Prise Humor. Als Kind besuchte sie die Schweiz wenige Male, sie konnte nur ein paar Brocken Berndeutsch. Als Kreuz volljährig wurde, wollte sie ein Abenteuer wagen: Sie belegte einen Deutschkurs, packte ihre Koffer und wanderte mit ihrem Mann, ihrer Cousine sowie deren Partner aus.

Trotz Schweizer Pass musste sie von null starten. Eine neue Sprache, eine neue Kultur, keine Freunde. Diskriminierende Erfahrungen gab es auch, besonders wegen des gebrochenen Deutschs. Erst war Kreuz in einer Bäckerei angestellt, später in einer Fabrik. Sie und ihr Ehemann Fernando haben sehr viel gearbeitet, denn: «In Brasilien sind die Perspektiven für junge Leute schwierig. Wir wollten in der Schweiz Geld verdienen und uns eine Zukunft aufbauen.» Geplant war ein Aufenthalt von ein paar Jahren. Doch das Leben spielte anders.

Simone Kreuz lebt nun bereits seit über 15 Jahren in der Schweiz. Sie hat mittlerweile eine Tochter (4) und einen Sohn (9 Monate). «Für unsere kleine Familie ist es hier super. An Feiertagen oder Kindergeburtstagen fehlt uns aber die brasilianische Familie», sagt Kreuz. Deshalb versuchen sie, einmal pro Jahr nach Brasilien zu reisen.

Hürdenlauf: Der lange Weg zum roten Pass

Shruti Gupta* (31) kennt das hiesige Politsystem wahrscheinlich besser als viele Schweizerinnen und Schweizer: Sie studierte Politikwissenschaften. «Ich war politisch immer sehr interessiert. Jetzt ist es für mich wirklich höchste Zeit, auch mitzubestimmen», sagt Gupta. Denn dafür fehlt der jungen Frau die Schweizer Staatsbürgerschaft.

MITBESTIMMUNG. Gupta war sieben, als sie mit ihren Eltern und ihren zwei Brüdern aus Indien in die Schweiz einwanderte. Ihr Vater hatte damals ein Jobangebot als Informatiker erhalten. Die fünfköpfige Fami-

lie liess sich in Olten SO nieder. In der Eisenbahnstadt will sich die 31jährige nun einbürgern lassen. Zurzeit sammelt sie alle nötigen Unterlagen zusammen. Denn: in ihrer aktuellen Lage wird sie von allen Seiten politisch fremdbestimmt. In der Schweiz fehlt ihr das Bürgerrecht. In Indien darf man nur politisch aktiv sein, wenn man auch vor Ort lebt.

«Für das Einbürgerungsgesuch musste ich viele Dokumente einreichen. Darunter auch meine indische Geburtsurkunde. Es ist ein regelrechter Hürdenlauf», sagt Gupta. Bislang hat sie etwa 200 Franken dafür bezahlt. Bis sie den Pass in den Fingern

hält, muss sie bis zu 3000 Franken hinblättern «Wird mein Gesuch abgelehnt, bekomme ich das Geld nicht retour», weiss die Oltnerin.

Auch Anastasija Kirilenko* (26) rechnet mit dieser Summe. «Zurzeit spare ich für den Schweizer Pass statt für Ferien», sagt die Ukrainerin. Sie kam vor über 9 Jahren mit ihrer Familie in eine kleine Gemeinde im Kanton Aargau. Damals, 2014, brach in der Nähe ihrer Heimatstadt Saprischja der Krieg aus.

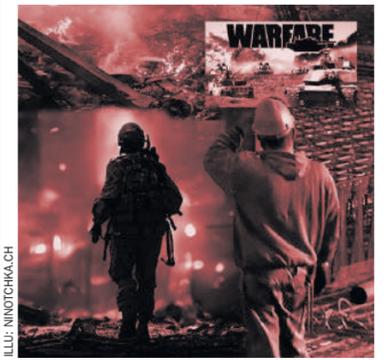
REISEFREIHEIT. Kirilenko möchte sich für die politische Mitbestimmung, aber auch für die Reisefreiheiten einbürgern lassen. «Mit meinem ukrainischen Pass brauche ich für viele Länder ein Visum. Und an Grenzübergängen werde ich skeptisch ge-

mustert.» Für den Einbürgerungsprozess bleibt sie im Aargau wohnen, obwohl sie in Zürich arbeitet und in Luzern studiert. Denn für den muss sie

Die Einbürgerung dauert Jahre und kostet bis zu 3000 Franken.

10 Jahre in der Schweiz wohnhaft sein, 5 davon im Kanton Aargau und 2 Jahre in der gleichen Gemeinde. Weil sie bei ihrer Einreise noch minderjährig war, darf sie sich etwas früher einbürgern lassen.

Damit der Einbürgerungsprozess endlich einfacher wird, arbeitet die Organisation Aktion Vierviertel zurzeit an einer Volksinitiative. Sie wird diesen Frühling lanciert. (dak)



Nicht «Battlefield», sondern Krieg

Gemeinsam mit Gregor aus Polen suche ich Schutz vor dem Platzregen. Es ist Freitag kurz vor Feierabend. Jetzt stehen wir unter dem Planhaus der Eisenleger, und es ist der beste Moment für Smalltalk. Doch trotz nahendem



Marius Käch ist Bauarbeiter in Zürich und Gewerkschafter.

Wochenende zieht Maurer Gregor einen Lätsch, wirkt sogar richtig traurig. Irgendwann sagt er's: «Es ist der Krieg, der mir auf dem Magen liegt.»

Das ist es also. Ich als Schweizer kannte den Krieg bisher nur aus den Erzählungen meiner Grosseltern. Er war weit weg. Oder lange her. Und oft am

Feierabend tauchte er auf dem Bildschirm auf, bei Playstation-Spielen wie «Call of

Duty» oder «Battlefield». Doch jedes Ballerspiel hat einen «Respawn-Button». Damit kann man seinen gefallenen Krieger wiederbeleben – per Knopfdruck, ganz normal.

FRONT. Bei Gregor ist das anders. Er hat Freunde in der Ukraine. Viele von ihnen sind schon an der Front. Und von einigen weiss er, dass sie nie mehr nach Hause kommen werden. «Du, aber wir sind doch in Zürich!» sage ich – in der Hoffnung, den Kollegen etwas aufzumuntern. Und: «Wenn der Krieg sich ausbreitet, dann bleib doch einfach bei uns. Jungs wie dich, die brauchen wir immer!» Es nützt nichts. Denn für Gregor ist die Sache nicht so simpel. Seine Liebsten sind immer noch in der Heimat. Die Frau hat dort Arbeit, und die Kinder müssen zur Schule: «Wenn plötzlich auch Polen mobilisiert, dann muss ich gehen», sagt Gregor. «Die haben meine Familie. Wenn ich hierbleibe, geht's denen an den Kragen.»

ABSCHIED. Also lerne ich: Jeden Tag kann's so weit sein, dass ich Gregor zum letzten Mal sehe. Theoretisch schon in zwei, drei Tagen könnte die Front sein Dorf erreichen. Gregor und ich, wir wissen beide: Geht's dort drüben zur Sache, sehen wir uns nie wieder.

Das Risiko, dass mein Maurerkollege verletzt oder sogar im Leichensack nach Hause kommen wird, ist gewaltig. Was aber, wenn er «unversehrt» aus dem Kriegsdienst heimkehren würde? Wäre er dann immer noch unser Gregor? Wird er getötet haben? Wird er gesehen haben, wie seine Kameraden in Stücke zerfetzt wurden? Und seine Familie? Wird sie noch leben? Die Fragen verstören. Sicher scheint mir eines: Für Gregor gibt es weder Ruhm noch Ehre noch irgendeinen Heldenstatus zu gewinnen. Der Krieg kennt keine High-Scores. Und auch keinen Respawn-Button. Nur Elend und Tod.

Endlich lässt der Platzregen nach. Feierabend. Doch die Lust aufs «Battlefield»-Zocken ist mir nachhaltig vergangen. Ach, Gregor, was soll ich dir sagen? Da gibt's keine Worte für Trost, nur das Hoffen auf Frieden.

*Namen geändert

Streiks in Deutschland 11,5 Prozent mehr Lohn

Eine halbe Million Beschäftigte haben sich an Warnstreiks im öffentlichen Dienst beteiligt – und damit die Arbeitgeber zu Zugeständnissen gezwungen. Ob der Kompromiss ausreicht, ist allerdings umstritten.

DANIEL BEHRUZI

Im Tarifkonflikt für die rund 2,5 Millionen Beschäftigten des Bundes und der Gemeinden haben sich beide Seiten am 22. April auf einen Kompromiss verständigt. Demnach sollen die Löhne um einen Sockelbetrag von 200 Euro plus 5,5 Prozent steigen – allerdings erst ab März 2024. Bis dahin gibt es steuerfreie Einmalzahlungen von insgesamt 3000 Euro. Laut der Gewerkschaft Verdi steigen die unteren Einkommen um bis zu 16,9 Pro-



MÄCHTIG: Wochenlang gingen Pfleger und andere Beschäftigte des öffentlichen Dienstes auf die Strasse. FOTO: KEY

zent. Durchschnittlich erhalten die Beschäftigten 11,5 Prozent mehr Geld. Dies allerdings bei einer Laufzeit von 24 Monaten. Ursprünglich hatten die Gewerkschaften 10,5 Prozent, monatlich mindestens 500 Euro, innerhalb eines Jahres gefordert (work berichtete: rebrand.ly/deutschland-streik).

BIS AN DIE SCHMERZGRENZE

Der Verdi-Vorsitzende Frank Werneke sagt: «Mit unserer Entscheidung, diesen Kompromiss einzugehen, sind wir an die Schmerzgrenze gegangen.» Dennoch sei eine beachtliche und nachhaltige Steigerung der Einkommen gelungen. Die Arbeitgeber hatten sich insbesondere gegen den geforderten Mindestbetrag von 500 Euro gewehrt, der die unteren Einkommensgruppen deutlich bessergestellt hätte. Sie wollten vor allem die Bezahlung der Höherqualifizierten anheben, um für diese auf dem Arbeitsmarkt attraktiver zu sein. Der nun erzielte Kompromiss aus Sockelbetrag plus Prozentsteigerung bedeutet eine Mischung, die zumindest eine gewisse soziale Komponente enthält.

Die unteren Einkommen steigen bis zu 16,9 Prozent.

Innengewerkschaftliche Kritikerinnen und Kritiker betonen, dass die Reallohne angesichts der hohen Inflation mit dem Abschluss nicht vollständig gesichert werden. 2022 waren die Preise um durchschnittlich 6,9 Prozent gestiegen, die Bezahlung im öffentlichen Dienst aber nur um 1,4 Prozent. Für dieses Jahr wird eine Inflation von etwa 6 Prozent erwartet. «Die Laufzeit von 24 Monaten ist zu lang», heisst es in einer von den Berliner Team- und Streikdelegierten beschlossenen Resolution. «Niemand kann aktuell zuverlässig sagen, wie sich die Inflation und die Weltlage in zwei Jahren entwickeln werden.» Die Verdi-Führung kommt hingegen zu dem Schluss, dass auch mit einem unbefristeten Streik nicht mehr herauszuholen wäre. Bis zum 12. Mai werden die Gewerkschaftsmitglieder befragt, ob sie das Ergebnis annehmen wollen.

In anderen Bereichen gehen die Streiks derweil weiter. Am Berliner Flughafen streikte das Sicherheitspersonal am 25. April, sämtliche der 220 geplanten Abflüge wurden gestrichen. Auch in mehreren Verkehrsunternehmen, die nicht unter den Tarif des öffentlichen Dienstes fallen, laufen weitere Warnstreiks. Ebenso beim privaten Klinikbetreiber Helios.

Milliarden Volksvermögen zur Rettung des Finanzplatzes

Was über den Credit-Suisse-Deal bekannt ist – und was nicht

259 Milliarden Franken Volksvermögen setzen Bundesrat und Nationalbank aufs Spiel, um den Finanzplatz zu retten. Das Parlament lehnte das ab. Wie geht's jetzt weiter? work beantwortet die wichtigsten Fragen.

CLEMENS STUDER

Bleiben die 259 Milliarden Volksvermögen trotz Parlaments-Nein auf dem Spielfeld des Finanzcasinos?

Ja! Trotz allen medialen Aufregungen nach dem Motto «Drei Juristinnen, vier Meinungen». Tatsache ist: Der Bundesrat hat recht, wenn er darauf beharrt, dass ihm die Meinung des Parlaments schnurzipiegal ist. Bundesrätin Karin Keller-Sutter hat der UBS 9 Milliarden Franken einfach so versprochen, die konkreten Bedingungen werden erst jetzt ausgehandelt.

Bundesrätin Keller-Sutter hat der UBS 9 Milliarden Franken einfach so versprochen, die konkreten Bedingungen werden erst jetzt ausgehandelt.

ler-Sutter hat der UBS Zusagen gemacht und der internationalen Finanzindustrie Versprechen. Die werden eingehalten, koste es an Volksvermögen, was es wolle.

Die nach der UBS-Rettung 2008 eingebauten «Kontrollen durch das Parlament» sind genauso wirkungslos wie die «Too big to fail»-Regulierungen. Ob die bürgerlichen Parlamentarierinnen und Parlamentarier, die sie durchgeboxt, gestaltet und am Leben erhalten haben, an deren Wirksamkeit glaubten oder nur so taten, bleibt offen. Im einen Fall wären sie dumm, im anderen dreist. Wer sie allerdings jetzt noch als tauglich verteidigt, ist dummdreist.

Was bedeuten die Klagen von CS-Investoren?

Es geht im Kern darum, dass die Credit Suisse eine bestimmte Sorte von Anleihen ausgegeben hat. Diese wurden höher verzinst, mit dem Risiko, dass sie in bestimmten Situationen für wertlos erklärt werden konnten. Wirklich inter-



MIT WEHENDEN FAHNEN: Das Ende der Credit Suisse ist besiegelt. Während die UBS übernimmt, garantiert der Staat mit Volksmilliarden für den Deal. FOTO: KEYSTONE

essant bei dieser letztlich innerkapitalistischen Auseinandersetzung wird sein, ob die rechtlichen Voraussetzungen für die Abschreibung der Anleihen gegeben waren. Wenn ja, schauen die Investorinnen und Investoren in die Röhre, wenn nein, wird wohl die Allgemeinheit bezahlen müssen.

Müssen die Abzocker-Manager vor Gericht?

Das ist nicht zu erwarten. Und wenn, haben sie beste Chancen, freigesprochen zu werden. So wie es in den Fällen Swissair und UBS auch geschehen ist.

Wie geht es der Credit Suisse wirklich?

Auf dem Papier und auf den ersten Blick prächtig: Für die ersten drei Monate 2023 weist die CS einen Gewinn von über 12 Milliarden Franken aus. Das hängt allerdings einfach damit zusammen, dass der Bund 15 Milliarden Franken Anleihen (siehe oben) für wertlos erklärt hat. Die CS-Quartalszahlen zeigen allerdings auch: gerade die Reichen haben ihr Geld abgezogen. Die Vermögensverwaltung schrieb massive Verluste. Buchhalterisch ist dieser Geschäftsbereich jetzt weniger wert als alle seine Vermögenswerte zusammengerchnet. Übrigens: In den letzten Wochen hat die CS zwischenzeitlich auch schon bis zu 170 Milliarden Volksvermögen bezogen –

ohne diese hätte sie ihre Verpflichtungen nicht erfüllen können.

Was macht eigentlich der Bundesrat?

Der lässt sich erst einmal Zeit. Das Bankensystem ist vorläufig gerettet, das Volksvermögen aufs Spiel gesetzt. Erst in einem Jahr will er dann mal sagen, ob er überhaupt etwas ändern wolle. Möglich ist das, weil SVP, FDP, GLP und die Mitte sich geweigert haben, mehr als harmlose «Prüfaufträge» zu verabschieden. Auf hartnäckiges Nachfragen der fortschrittlichen Parteien hat Finanzministerin Karin Keller-Sutter während der ausserordentlichen Session angetönt, dass sie nicht daran denke, etwa die Eigenkapitalanforderungen, also das «Vermögen» der Bank, in wirksamer Weise anzuheben. Was nur logisch ist, weil sie der Finanzindustrie treu bleibt (siehe Artikel unten).

Was steht in den Verträgen?

Gute Frage! Und eine unbeantwortete. Es sind vier Verträge. Bei zweien davon stellt sich der Bundesrat auf den Standpunkt, er sei gar nicht Vertragspartei und könne zum Inhalt nichts sagen. Einer ist relativ einfach: darin gibt der Bund gegenüber der SNB eine Garantie ab für den Fall, dass diese mit Liquiditätshilfen im Rahmen der CS-Rettung Verluste erleidet. Und einen gibt es noch gar nicht –

nämlich jenen über die 9 Milliarden, die der Bundesrat der UBS zusichert. Keller-Sutter hat diese Milliarden einfach versprochen, die konkreten Bedingungen werden erst jetzt ausgehandelt.

Gibt es eine Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK)?

Das Büro des Nationalrates ist dafür. Die Parteien auch, zumindest in den Medien. Gesetz ist die Einsetzung einer PUK trotzdem noch lange nicht. Gerade im Ständerat gibt es starke Kräfte, die nicht an einer solchen interessiert sind. Aber selbst wenn eine PUK eingesetzt wird, kommt es darauf an, wie genau ihr Auftrag formuliert ist. So oder so werden PUK-Ergebnisse erst nach den nationalen Wahlen vom kommenden Herbst vorliegen. Genau so, wie es sich SVP, FDP, GLP und Mitte wünschen.

Was macht eigentlich die Finanzmarktaufsicht?

Als wäre es ein Stück von Dürrenmatt: Die Finma, die 600 Leute auf der Lohnliste hat, von denen regulär gerade mal 6 die CS «beaufsichtigen», hat diese Woche ihren Bericht 2022 vorgelegt. Fazit: Auch bei der CS ist eigentlich alles bestens vorbereitet für den Krisenfall. Leider hat sich einfach die Realität nicht daran gehalten. Warum das so ist, will die Finma dann im nächsten Jahresbericht erläutern.

Keller-Sutter: Heldin von FDP und Finanzindustrie

Eines ist bei allen Unklarheiten heute schon klar: FDP-Finanzministerin Karin Keller-Sutter

Die Verteidigung durch die FDP nimmt teils schon bizarre Züge an.

hat geliefert, was die Finanzindustrie von ihren Politikerinnen und Politikern erwartet. Sie garantiert mit Milliarden an Volksvermögen, dass die CS nicht zusammenkracht. Und sie sorgt gleichzeitig dafür, dass Forderungen nach höherem Eigenkapital, nach Boni-Beschrän-



SUPER-FDP-WOMAN: Finanzministerin Keller-Sutter FOTO: KEY

kungen und nach wirksamer Aufsicht möglichst keine Folgen haben. Keller-Sutter muss sich dazu nicht verbiegen. Es entspricht der Politik, die sie bereits vor ihrer Wahl in den Bundesrat gemacht hat. Und dafür wird sie auch gerühmt: von der internationalen Finanzindustrie und von ihrer Partei, der FDP.

DERANGIERT. Die Unterstützung der CS-Partei FDP für ihre Bundesrätin nimmt dabei manchmal schon bizarre Züge an. So, wenn Ständerat Thomas Hefti (FDP, GL) allen Ernstes behauptet, die Kritik am UBS-CS-Deal

komme nur, weil Keller-Sutter «eine Frau und nicht links» sei. Oder wenn Nationalrat Hanspeter Portmann (Banker im Solde des Fürsten von Liechtenstein, FDP) offensichtlich ziemlich derangiert im Nationalratssaal nach vorne stürmt und das Nein zu Keller-Sutters Banken-Deal als «Schande für die Schweiz» bezeichnet. Wohlgermerkt: das Nein des Parlaments. Nicht das Verhalten der Abzocker-Banker und auch nicht die Entscheidungen der bürgerlichen Parlamentsmehrheiten, die es den Bankern überhaupt möglich gemacht haben, sich zu verhalten, wie sie es taten. (cs)

Grosses Interview mit Zuger Langzeit-Gewerkschaftern aus der Industrie

«Sind diese zwei Figuren da nicht zu gefährlich?»

Ruedi Amrein (70) und Daniel Weber (69) bringen es zusammen auf fast 100 Jahre beim Elektrokonzern Landis & Gyr. Sie erlebten Übernahmen, Kahlschläge und das Zusammenspannen von Arbeitern und Angestellten. Jetzt blicken sie zurück.

JOSEF LANG*

Ruedi Amrein und Daniel Weber arbeiteten als Industriearbeiter zusammengerechnet 96 Jahre beim Zuger Elektroindustrie-Konzern Landis & Gyr (L&G), gehörten zusammengerechnet 57 Jahre der Personalvertretung an und sind seit 1971 Gewerkschafter.

Beide haben Elektro-Eicher gelernt. Beide kommen aus Gewerkschafterfamilien. Amrein aus Erstfeld UR, Weber aus Goldau SZ. Amrein arbeitete von 1969 bis 2017

«Ruedi war von uns beiden eher der Denker, ich war der Macher.»

DANIEL WEBER, INDUSTRIE-ARBEITER UND GEWERKSCHAFTER



GEMEINSAM DURCH DICK UND DÜNN: Gewerkschafter Ruedi Amrein (l.) und Dani Weber blicken zurück auf viele Jahre gemeinsamer Arbeitskämpfe, zahlreiche Erfolge und einige Widersprüche. FOTO: MICHAEL SCHOCH

bei L&G, Weber von 1971 bis 2018. Neben dem Wechsel vom mechanischen zum elektronischen Zähler haben sie nach dem Verkauf der L&G an Stephan Schmidheiny im Jahre 1987 vier weitere Besitzerwechsel erlebt.

Beide traten sie 1971 in den Smuv ein, eine Vorgängergewerkschaft der Unia. Amrein und Weber gehörten ab den 1980er Jahren der Betriebskommission der Arbeiter (BK) an und ab 1988 der gemeinsamen Arbeitnehmervertretung (ANV) von Arbeitern und Angestellten. Weber war während 20 Jahren ihr Präsident. Eine gemeinsame Vertretung von Arbeitern und Angestellten war damals etwas Aussergewöhnliches.

work: Wie wurden Sie aktive Gewerkschafter?

Weber: Es gab eine Betriebsgruppe, und dort machte ich von Anfang an mit. 1982 wurde ich in die Betriebskommission gewählt, nachdem Ruedi und ich die Frechheit hatten, uns in der Betriebsgruppe selber ins Spiel zu bringen. Als die Betriebsleitung von unserer Kandidatur erfuhr, musste ein Smuv-Vertreter beim Personaldirektor antraben. Dieser fragte: Sind die zwei Figuren da nicht zu gefährlich? In der BK gehörte ich der Subkommission Sozialpläne an. Wie wichtig diese wurde, zeigt der Abbau von 2000 Arbeitsplätzen in den 1990er Jahren.

Amrein: Als ich als Jungarbeiter für die Betriebsgruppe gewonnen wurde, merkte man den Widerspruch der damaligen Smuv-Leute. Einerseits wollten sie junge Mitglieder gewinnen, andererseits befürchteten sie, es könnte sich um neulinke Rebellen handeln. Der Smuv Zug hatte 1970 die Schwarzenbach-Initiative unterstützt und

die Ja-Parole auch in der kantonalen SP-Sektion durchgesetzt. In die Betriebskommission wurde ich 1986 gewählt. Hier trat ich den Subkommissionen Arbeitszeit und allgemeine vertragliche Bestimmungen bei. Die brisanteste Frage war in den Zeiten hoher Inflation die des Teuerungsausgleichs.

Wie kam die Betriebskommission zustande?

Weber: Sie wurde demokratisch gewählt im Proporz. Es gab zwei Listen: Smuv und CVM, der Christliche Metallarbeiterverband.

Amrein: Das Resultat war meistens 7:6 oder 6:7. Die Mehrheit stellte den Präsidenten, die Minderheit den Vizepräsidenten. Seit 1986 hatte der Smuv und später die Unia die Mehrheit, deshalb war Dani zwanzig Jahre lang Präsident.

Wie lief die Zusammenarbeit von Smuv und CMV?

Weber: Die lief ganz gut. Vor den Verhandlungen mit der Direktion gab es gemeinsame Sitzungen. Wir nannten sie Sibkus: Sitzung Betriebskommission unter sich.

Amrein: Wir junge Smuvler verstanden uns besser mit dem CMV, auch weil sein Kopf ein kämpferischer Christlichsozialer war. Er hatte sich bereits 1976 mehr für Bruno Bollinger eingesetzt als der Smuv selber. Industriearbeiter Bollinger wurde von L&G entlassen, nachdem er als Vertreter der «Revolutionären Marxistischen Liga» (RML) gegen den damaligen L&G-Boss Andreas Brunner (FDP) für den Nationalrat kandidiert hatte.

Wie kam es zur Fusion der Betriebskommission der Arbeiter mit der Personalvertretung der Angestellten?

Weber: Gleichzeitig mit mir wurde auch in der Personalvertretung (PV) ein neuer und linkerer Präsident gewählt. Er war im Einkauf tätig, hatte aber in der Werkstatt begonnen. Hie und da brachte er mir einen Artikel aus der Smuv-Zeitung: «Lueg mal, cheibe guet.» Ich fragte mich: Woher hat er die Zeitung? Warum fehlt immer die Adresse? Ich fragte bei der Smuv-Zentrale mal an, und diese bestätigte ihn als Mitglied der Gewerkschaft. Ich teilte ihm dies mit, er musste lachen. Irgendwann ergriff er die Initiative: «Arbeiten wir doch eng zusammen! Wir haben schliesslich das gleiche Ziel!» Wir beide gleisten auf, dass es zu gemeinsamen Sitzungen mit der Geschäftsleitung kam. Zuerst ein Teil mit der BK, dann ein gemeinsamer Teil, dann einer mit der PV. **Amrein:** Dann wurde der Sibkus ausgeweitet. Wir machten als BK und PV gemeinsame Sitzungen vor den Treffen mit der GL. Diese wurden von gemeinsamen Subkommissionen vorbereitet. So wurde die Zeit reif für eine gemeinsame und einzige Kommission. Aus BK und PV wurde die ANV, die Arbeitnehmervertretung. Auch diese wurde von der Belegschaft demokratisch gewählt.

Im Schmidheiny-Jahrzehnt kam es zur Divisionalisierung des Betriebs. Was bedeutete das für die junge ANV?

Weber: Dann gab es sechs verschiedene ANV. Die Tatsache, dass wir uns vorher zusammengeschlossen hatten,

hatte drei grosse Vorteile. Es waren nicht 12 Vertretungen. Es gab bereits die Errungenschaft, dass Arbeiter und Angestellte zusammenspannten. Und die sechs ANV der sechs Betriebe setzten sich regelmässig zusammen. Wir haben eine Koordinationsstelle geschaffen, die ich als Präsident der ANV L&G geleitet habe. Für wichtige Fragen haben wir gemeinsame überbetriebliche Subkommissionen ge-

«Dani gab mir immer Rückendeckung, wir beide konnten uns völlig vertrauen.»

RUEDI AMREIN, INDUSTRIE-ARBEITER UND GEWERKSCHAFTER

schaffen, zum Beispiel für Lohnfragen oder Arbeitszeit.

Welche Folgen hatte der nationale Widerspruch zwischen der Unia für Mindestlohn der schlecht Entlöhnten und der Angestellten Schweiz für Work-Life-Balance der besser Entlöhnten?

Amrein: Wir konnten uns in der Subkommission und in der ANV mit unseren Lohnforderungen durchsetzen. Als Teilnehmer der Unia-Industriekonferenz war ich gut informiert, was ein Vorteil war.

Weber: Es war wichtig, dass Ruedi viel Geduld hatte. Noch wichtiger war, dass ein Teil der Angestellten sehr wohl Verständnis hatte für schlechter Entlöhnte.

Amrein: Es gab auch objektiv eine Annäherung. Angestellte verloren gewisse Privilegien. Zum Beispiel waren

anfänglich nur die Werkstätten von Personalabbau betroffen, mit der Zeit traf es auch die Verwaltung.

Weber: Dann gab es gemeinsame Erfolge. In der Schmidheiny-Ära fand in einer Lohnfrage keine Einigung statt. Wir verlangten 6,2 Prozent, das Unternehmen wollte uns weniger geben. Dass die beiden Hauptvertreter der Arbeiter und der Angestellten im Schlichtungsverfahren gemeinsam auftraten, hatte starke Wirkung. Am Schluss gab uns der Schlichter, der ehemalige Biga-Direktor Jean-Pierre Bonny, recht.

Wie wichtig war Ihre eigene Zusammenarbeit?

Amrein: Wir hatten eine Arbeitsteilung, ich war der härtere und konnte so für Dani produktiv sein. Andererseits gab mir Dani immer Rückendeckung. Aufgrund des langen gemeinsamen Weges konnten wir uns völlig vertrauen.

Weber: Ruedi erfasste besser die Zusammenhänge, ich legte sie dann dar. Ruedi war eher der Denker, ich war eher der Macher.

Amrein: Unsere Zusammenarbeit war auch wichtig, weil die Leute uns als Tandem vertrauten.

*Josef Lang ist Historiker und ehemaliger Grünen-Nationalrat. Für den Unia-Sektor Industrie hat er eine Werkstattreihe bestritten über die Geschichte der Industrialisierung, der Gewerkschaften, der Streikwellen, der Gesamtarbeitsverträge, der Frauen- und Migrationsfragen und der Personalkommissionen. Da es zu den letzteren kaum Literatur gab, befragte Lang dazu die beiden erfahrenen Gewerkschafter Amrein und Weber. Das Interview erschien zuerst im linksalternativen Zuger Polittmagazin «Bulletin». work druckt eine leicht gekürzte Version ab.

Lohnschutz EU debattiert Trucker-Streik

Am 18. April 2023 veröffentlichte der österreichische EU-Abgeordnete Lukas Mandl seinen Entwurf für einen Parlamentsbericht zu den Verhandlungen der EU mit der Schweiz. Darin verlangte er eine Schwächung der flankierenden Massnahmen zum Lohnschutz, da sich die schweizerischen Bedenken, die es früher auch in anderen Staaten gegeben habe, «nicht bewahrt haben». Dumm nur, dass am selben Tag alle Rednerinnen und Redner in einer EU-Parla-



Erne Europa
Roland Erne war Chemielaborant und GBI-Jugendsekretär. Seit 2017 ist er Professor für Europäische Integration und Arbeitsbeziehungen am University College Dublin.

mentsdebatte dieser falschen Behauptung Mandls einhellig widersprachen.

LOHNBETRUG. Zur Debatte kam es dank 60 georgischen, usbekischen und tadschikischen LKW-Fahrern, die seit Wochen auf der deutschen Autobahnraststätte Gräfenhausen streiken (siehe Artikel rechts). Der Streik der Trucker gegen den Lohnbetrug der polnischen Firmen-

gruppe Mazur, die in der Schweiz auch Coop und Post belieferte, machte internationale Schlagzeilen.

SCHLUPFLÖCHER. Die «mutigen Männer» von Gräfenhausen beeindruckten auch Dennis Radtke, den Sprecher der Europäischen Volkspartei, der auch Mandl angehört. In der Debatte erinnerte Radtke an den harten Widerstand seiner Kolleginnen und Kollegen gegen das EU-Lohnschutzpaket im Transportsektor. Die Mobilitäts-Paket-Richtlinie wurde im Juli 2020 dennoch verabschiedet. Seitdem gilt das Lohnschutzprinzip «gleicher Lohn für gleiche Arbeit am selben Ort» der EU-Richtlinie über die Entsendung von Arbeitnehmenden von 2018 endlich auch im Transportsektor. Für Radtke macht der Streik jetzt deutlich: «Wir haben kein Regelungsdefizit mehr auf europäischer Ebene, sondern wir haben ganz offensichtlich ein Vollzugsdefizit.»

Die Sozialdemokratin Gaby Bischoff doppelte nach: «Was hilft die beste Gesetzgebung, wenn sie nicht richtig implementiert wird?» Die Grüne Terry Reinke verlangte «viel enghesigere Kontrollen». Und Özlem Demirel von der linken Fraktion forderte, dass die «Schlupflöcher» im komplizierten EU-Rechtssystem endlich geschlossen werden, zumal Arbeitgeber unzufriedenen Beschäftigten aus Nicht-EU-Staaten einfach mit «Ausweisung» drohten. Sogar Elżbieta Rafalska von der rechtskonservativen ECR-Fraktion verlangte, dass alle Fahrer gleichbehandelt werden, ob sie nun «Georgier, Usbeken oder Bürger anderer Länder sind», denn «wir Polen wissen, wie es ist, wenn man auf dem Arbeitsmarkt schlecht behandelt wird».

LOHNKONTROLLEN. Laut Nicolas Schmit, EU-Kommissar für Arbeit und Soziales, gibt es «tatsächlich einen Bedarf an kontinuierlicheren und strengeren Kontrollen» und an «Sanktionen, die in der Praxis auch wehtun». Die schwedische EU-Ministerratspräsidentin, Jessica Roswall, sagte: Auch die Sozialpartner müssen beim Lohnschutz eine «zentrale Rolle» spielen. Trotzdem besteht die EU weiterhin auf einer Schwächung des sozialpartnerschaftlichen Lohnschutzes in der Schweiz. Auch deshalb ist der grenzüberschreitende Trucker-Streik so wichtig.

Trucker bei Darmstadt: Triumph nach einem Monat Streik!

Jetzt gibt's endlich Lohn – und vielleicht sogar eine EU-Reform

Die über 60 streikenden Trucker freuen sich: Knapp 200 000 Euro ausstehende Löhne werden ihnen endlich ausgezahlt. Und auch der zweite Erfolg ist jetzt besiegelt.

DANIEL BEHRUZI, DARMSTADT

Worum es den streikenden Lastwagenfahrern am Rastplatz Gräfenhausen geht, ist nicht zu übersehen. «Mazur: 97 585 Euro» haben sie in grossen weissen Lettern auf die blaue Seite eines LKW geschrieben. Darunter ein Transparent: «Solidarität ist stärker». Die über 60 Fahrer, die seit rund einem Monat an der A5 in der Nähe von Darmstadt ausharren, fordern die Zahlung ausstehender Gehälter.

KAMPF ZAHLT SICH AUS

Einen ersten Erfolg haben sie durch ihre spektakuläre Aktion letzte Woche erreicht: Knapp 200 000 Euro hat die polnische Unternehmens-

Die LKW stehen still, bis auch der letzte Fahrer seinen Lohn bekommen hat.

gruppe Mazur den Beschäftigten überwiesen. Doch das ist laut ihren Berechnungen fast 100 000 Euro zu wenig. Also beschlossen die Fahrer weiterzumachen, bis alle ihr Geld vollständig erhalten haben. Und das hat sich gelohnt! Kurz vor Drucklegung dieser work-Ausgabe kommt es zur Einigung: Das Beratungsnetzwerk «Faire Mobilität» des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) teilt mit: «Die schriftliche Vereinbarung liegt vor, Mazur hat sich verpflichtet alle Zahlungen auf die Konten der Fahrer zu über-



ENDE IN SICHT? Seit Ende März streiken die Lastwagenfahrer der polnischen Firma Mazur, weil ihnen ihr Chef mehrere Hunderttausend Euro Lohn schuldet. Der hat jetzt versprochen, alle Ausstände zu bezahlen. FOTO: KEYSTONE

weisen. Es werden keine rechtlichen Schritte gegen die Fahrer unternommen.» Ein voller Triumph also nach einem harten Kampf. Denn noch wenige Tage vorher hatte der Mazur-Chef behauptet, er sei quitt. Dass er nun auch noch die restlichen 100 000 Euro zusicherte, haben die Streikenden mit ihrer Standhaftigkeit erzwungen. Selbst als Mazur einen Schlägertrupp in Panzerwagen losschickte, um ihnen die Lastwagen zu nehmen, liessen sich die aus Georgien, Usbekistan und Tadschikistan stammenden Fahrer nicht einschüchtern (work berichtete: workzeitung.ch/trucker-streik).

Wie Mazur mit seinen Beschäftigten umspringt, berichtet ein junger usbekischer Fahrer, der sich den Kollegen in Gräfenhausen vor wenigen Tagen angeschlossen hat. Er sei

seit November für das Unternehmen unterwegs und habe in diesen Monaten weniger als 1000 Euro Lohn erhalten, erzählt der 26-jährige, der daraufhin ebenfalls die Arbeit niederlegte. Weil er sich bedroht fühlte, kam er zur Raststätte nach Darmstadt. «Hier wurden nicht nur Arbeitnehmerrechte mit Füssen getreten», kommentiert der niederländische Gewerkschafter Edwin Atema, der im Auftrag der Streikenden mit Mazur verhandelt hat. «Es geht auch um grundlegende Menschenrechte.»

EU-WEITER DURCHBRUCH?

Vor diesem Hintergrund ist die grosse Solidarität extrem wichtig, die die Streikenden von allen Seiten erhalten. Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter aus der Region bringen nahezu täglich Essen vorbei, das DGB-Beratungsnetzwerks «Faire Mo-

bililität» hilft bei der Kommunikation mit Behörden und Gesundheitseinrichtungen, andere sammeln Geld für die Streikenden. Auch die Internationale Transportarbeiter-Föderation (ITF) hat sich solidarisch gezeigt. Die Unia hat eine Spende von 2000 Franken auf den Weg gebracht.

Der Streik und etliche Medienberichte haben auch die Politik auf den Plan gerufen. Am 18. April debattierte das Europaparlament über den Fall, Politiker verschiedener Parteien stellten sich hinter die Fahrer (siehe «Erne Europa» rechts). Sollten diesen Worten auch Taten folgen, haben die Mazur-Fahrer mit ihrem Kampf nicht nur sich selbst geholfen. Womöglich bewirken sie auch, dass die Regierungen eine längst überfällige politische Regulierung der Transportbranche auf den Weg bringen. Zeit wär's.

Post, GE & Co.: Schweizer Kundinnen sollen handeln

«Die Lösung des Konflikts liegt bei den Kunden, diese multinationalen Unternehmen müssen Verantwortung übernehmen», betont Edwin Atema von der niederländischen Gewerkschaft FNV. Die Gewerkschaft unterstützt die streikenden LKW-Fahrer in Gräfenhausen. Der Appell richtet sich auch an Firmen, die in der Schweiz ansässig sind oder hier Standorte haben. Sie müssten sich dafür einsetzen, dass die Fahrer der polnischen Mazur-Gruppe die ausstehenden Löhne vollständig erhalten.

PREISDRUCK. Der Präsident des Schweizerischen Nutzfahrerverbands Astag, Thierry Burkart, gibt sich unwissend. Auf die Nachfrage von work erklärt der FDP-Präsident, er kenne weder die Mazur-Gruppe noch ihre Unternehmen Agmaz, Lukmaz oder Imperia.

Den Chefs der Transportfirmen Galliker und Planzer ist Mazur hingegen durchaus bekannt, wenn auch nur flüchtig. Firmenchef Peter Galliker führt den Arbeitskampf auf den «extrem hohen Preisdruck» im internationalen Gütertransport zurück, der zu schlechten Arbeitsbedingungen führe. Die für das Image der Branche schädlichen Missstände müssten umgehend angegangen wer-



ZEIT VERTREIBEN: Im Trucker-Streiklager herrscht Spiellaune. FOTO: KEYSTONE

den, so der Unternehmer gegenüber work. Dem Generalsekretär des Verbands Routiers Suisses, David Piras, ist Mazur ebenfalls ein Begriff. Laut Piras haben osteuropäische Transportunternehmen in den vergangenen Jahren zunehmend Fahrer aus der Ukraine und Belarus angestellt. Die EU habe ihnen «unter dem Vorwand des allgemeinen Fahrer Mangels» Arbeitsbewilligungen ausgestellt. Wegen des Kriegs in der Ukraine seien die Fahrer aus den beiden Ländern nicht mehr verfügbar, deshalb «werden Chauffeure in Usbekistan, Georgien und von noch weiter her ge-

sucht, diese Leute werden noch stärker ausgenutzt».

UNIA-APPELL. Dies geschieht über ein kompliziertes Geflecht aus Sub- und Sub-Sub-Unternehmen. Die Konzerne, deren Waren sie transportieren, haben meist keine direkten Verträge mit Mazur. Das gilt wohl auch für die Schweizerische Post und Coop, die in den Frachtpapieren von Fahrern in Gräfenhausen auftauchen. Roman Künzler, bei der Unia für den Transportsektor zuständig, sagt: «Alle in der Schweiz tätigen Unternehmen sind aufgefordert, ein-

zugreifen und dafür zu sorgen, dass die Löhne gezahlt und Gesetze in der gesamten Lieferkette eingehalten werden.»

Das gelte auch für die General Electric (GE), deren Zweigniederlassung Birm im Kanton Aargau

Astag-Chef und FDP-Präsident Thierry Burkart gibt sich ahnungslos.

als Entladeort eines LKW genannt wird. Unmittelbar beauftragt wurde gemäss den work vorliegenden Frachtpapieren eine österreichische Spedition, als Subunternehmen fungiert eine deutsche Firma. Mazur taucht in den Dokumenten nicht auf, dennoch steht die für GE bestimmte Fracht seit Wochen auf dem Rastplatz bei Darmstadt – offenbar mit gravierenden Folgen. FNV-Gewerkschafter Atema berichtet: «Der deutsche Spediteur hat mich angerufen und gesagt, dass General Electric für jeden Tag, an dem die Ware nicht geliefert wird, 100 000 Euro Schadensersatz verlange.» Das ist ziemlich genau die Summe, die den Fahrern noch gefehlt hat – bis zum Triumph vom 26. April (siehe oben). (dab)



BITTER: Soumia El Garrab (unten rechts) hat ihr halbes Leben zum Hungerlohn Erdbeeren gepflückt.

FOTOS: PABLO TOSCO / ZVG

Soumia El Garrab (36) über das Elend auf Spaniens Plantagen:

«Wir Pflückerinnen haben ein Hundeleben!»

Erdbeeren immer und überall: Spaniens Agrarindustrie macht es möglich. Mit skrupelloser Ausbeutung. Pflückerin Soumia El Garrab hat es selber erlebt – und kommt auf Aufklärungstour in die Schweiz.

JONAS KOMPOSCH

Der Sommer ist noch fern. Aber schon jetzt herrscht in Spaniens Süden extreme Dürre. Verzweifelte Bauern zapfen das letzte Nass aus dem Boden – und beschleunigen damit eine längst angebrochene Entwicklung: Europas Gemüsegarten trocknet aus. Heute kommen 3,7 Millionen Hektaren spanische

«Die Pestizide machten mich so krank, dass ich ins Spital musste.»

SOUMIA EL GARRAB, PFLÜCKERIN

Agarflächen nicht mehr ohne Bewässerung aus. Ein Gebiet fast so gross wie die Schweiz. Besonders die Monokulturen unter dem Plasticmeer Andalusien schlucken enorme Wassermengen, wobei die Erdbeere zu den durstigsten gehört. Für die Herstellung eines Kilos braucht es laut WWF zwei Badewannen Wasser. Ökologisch ein Wahnsinn, aber ein sehr lukrativer – zumindest kurzfristig.

KRIMINELLER LOKALFILZ

Auch hiesige Detailhändler sahen ab. Erdbeeren führen sie fast ganzjährig im Sortiment. In der Migros gibt's das Pfund aktuell für 2.20 Franken. «Ein schädlicher Schleuderpreis!» sagt dazu Soumia Benelfatmi El Garrab (36). Die Marokkanerin hat fast ihr halbes Leben lang auf den Erdbeerfeldern bei Huelva gearbeitet. Jetzt arbeitet sie für die SAT, die andalusische Landarbeitergewerkschaft. Auf Einladung des Solifonds kommt sie demnächst für eine Vortragstour in die Schweiz (siehe Box). El Garrab sagt: «Der spanische Mindestlohn liegt aktuell bei 6,21 Euro pro Stunde. Aber die Beerenproduzenten zahlen oft noch weniger.»

Wobei die Niedrig- und Dumpinglöhne nicht einmal das Hauptproblem seien. Am schlimmsten sei der Filz aus Politik, Justiz

und Agrarindustrie: «In Andalusien stecken die alle unter einer Decke», sagt die Gewerkschafterin. Sie selbst hat es erlebt. Nach Jahren der Plackerei in den Treibhäusern wurde sie krank. Im Spital entdeckte man Allergien und eine Atemwegserkrankung. «Wegen der Pestizide», vermutet El Garrab. Ihr Chef habe davon nichts wissen wollen, sondern gedroht: «Mach mir keinen Ärger, sonst hol ich die Guardia Civil!» Noch im Krankenstand habe er sie rausgeschmissen. Das ist illegal. El Garrab ging zur Polizei, doch die wollte sie abwimmeln. Erst nach langem Insistieren konnte sie Anzeige erstatten. Gebracht hat es nichts. Das Verfahren wurde eingestellt. Doch El Garrab gab nicht auf, sondern ging zur SAT.

SPANIEN WILL JUNGE MÜTTER

Die kleine Gewerkschaft ist bei den Unternehmern gefürchtet. Denn zu ihren Methoden gehören nicht nur Streiks, sondern auch Landbesetzungen und sogar Robin-Hood-Aktionen. Grund dafür ist das extreme Elend der Landarbeiterschaft. Rund 175 000 Menschen chranpfen in Andalusien Gewächshäusern – zu Hungerlöhnen und den Chefs meist völlig ausgeliefert. Immer wieder machen auch Fälle von Übergriffen und Vergewaltigungen Schlagzeilen.

Nur 10 Prozent der Landarbeiter haben den spanischen Pass, der Rest kommt aus dem Maghreb, der Subsahara und aus Osteuropa. Gültige Papiere haben viele nicht. Sie hausen in Hütten aus Blech und Plastic, direkt neben den Plantagen, wo das Trinkwasser verschmutzt ist. Andere sind legal als Saisoniers da. Für diese Kategorie hat die spanische Regierung mit Marokko ein Sonderabkommen ausgehandelt.

Demnach dürfen für die diesjährige Erdbeerernte 16 000 Marokkanerinnen temporär nach Spanien einreisen. Zugelassen werden fast nur junge Mütter. Diese gelten als weniger aufmüpfig als Männer. Zudem kehren sie nach der Saison eher wieder zu ihren Kindern zurück als Frauen ohne Bindung. So das Kalkül Spaniens. Auch El Garrab, Mutter zweier Mädchen, hatte lange den Saisonierstatus und lebte auf dem Betrieb ihres Chefs, fernab der Zivilisation. Um 22 Uhr war jeweils Ausgangssperre. Den Arbeitgeber wechseln durfte sie nur mit Behördenurlaub. Sie sagt: «Es ist ein Hundeleben.»

TEURER AUSTRASTER DES CHEFS

Trotzdem schöpfte sie immer wieder Hoffnung. Und ihrem Ex-Chef hat sie eine teure

40 Jahre Solifonds: Die einzigartige Kampfkasse

Kein weiteres Hilfswerk, sondern ein Unterstützungsfonds für soziale Befreiungskämpfe weltweit – das war das Ziel des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds, des Arbeiterhilfswerks (heute Solidar), der SP und dreizehn developmentspolitischer Organisationen. Am 1. Mai 1983 war es so weit: der Solifonds war geboren. Seine erste Aktion galt dem Gewerkschaftsaufbau in Apartheid-Südafrika. Heute sind unzählige Engagements dazugekommen, primär in Asien, Afrika und Lateinamerika.

AUF SPENDEN ANGEWIESEN. Das Prinzip ist dasselbe geblieben. Koordinatorin Aurora García sagt: «Wir helfen schnell und unbürokratisch.» Sie und eine weitere Kollegin bilden den schlanken Verwaltungsapparat. «Damit der Löwenanteil der Spenden an Aktivistinnen und Aktivisten gelangt.» Eine halbe Million Franken beträgt das Jahresbudget. 10 Prozent steuern die Gründerorganisationen bei, den Rest private Spenderinnen und Spender. García hofft auf neue Unterstützende, denn: «Die Kriminalisierung sozialer Bewegungen nimmt überall zu!» Zum Jubiläum hat der Solifonds die Gewerkschafterin Soumia El Garrab eingeladen. Sie tritt auf in Zürich (30. April), Genf (3. Mai) und Bern (5. Mai). Mehr Infos unter solifonds.ch. (jok)

Lektion erteilt. Denn seine Erntearbeiterinnen gelangten immer wieder an die SAT – wegen Lohnklausur oder unterschlagener Sozialabgaben. Also zeigte ihn El Garrab erneut an. Und diesmal passierte etwas Sonderbares: Die Sache ging über den andalusischen Filz hinaus. Eine Inspektorin aus Madrid besuchte den Betrieb und stellte unbequeme Fragen. Es sei ein richtiges Gaudi gewesen: «Der Chef war völlig perplex, so was hatte er noch nie erlebt. Irgendwann begann er wütend zu fluchen. Dann beleidigte er sogar die Inspektorin.» Das habe diese nur noch mehr angespornt. Und sie wurde fündig: Schwarzarbeit im grossen Stil! Noch vor Ort stellte sie dem Chef eine saftige Rechnung in Aussicht. Und tatsächlich: 126 000 Euro Strafe und Nachzahlungen musste er leisten. Soumia Benelfatmi El Garrab schmunzelt. Es ist ihre Revanche.



la suisse existe
Jean Ziegler

TRAGÖDIE IN DER WÜSTE

November 1975: Der spanische Diktator Francisco Franco Bahamonte liegt im Sterben in Madrid. In der Kolonie Spanisch-West Sahara tobt seit 1973 der Kampf zwischen der indigenen Befreiungsorganisation Polisario und der Kolonialmacht. Nach Francos Tod anerkennt die neue spanische Regierung die Unabhängigkeit der ehemaligen Kolonie: 301 000 Quadratkilometer mit 275 000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Aber in einem Geheimabkommen einigen sich die beiden Nachbarstaaten Mauretanien und Marokko auf eine Invasion und die Besetzung

Marokkos Bomber warfen Napalm auf die Nomadenlager, Tausende Frauen und Kinder verbrannten.

der ehemals spanischen Westsahara. Über 50 000 Sahraouis gelingt die Flucht. Sie erleiden die Tragödie des Exodus. Zehntausende Sahraouis fliehen in die

Wüste, mit ihren Zelten, ihren Tieren. Die marokkanischen Bomber werfen Napalm auf die Lager, verbrennen Tausende von Kindern und Frauen. Nach monatelanger Irrfahrt erreichen die Überlebenden die algerische Grenze. Auf der Hamada (Hochebene) von Tindouf erhalten sie Gastrecht und bauen ihre letzten Zelte auf.

SABOTEUR. Die Sahraouis sind ein mysteriöses, hochkultiviertes Nomadenvolk, das über die Jahrhunderte in völliger Unabhängigkeit lebte, mit hochkomplexen, staatenlosen Sozialstrukturen bis zur spanischen Eroberung 1901. Auf der Hamada von Tindouf gründeten die Überlebenden der Massaker von 1975 die République Arabe Sahraouie Démocratique (RASD). 90 Prozent ihres Nationalterritoriums sind heute von der marokkanischen Armee besetzt. Und von den zwangsweise aus marokkanischen Elendsvierteln deportierten Zuwanderern. Zwischen den marokkanischen Besatzern und der Befreiungsarmee der Sahraouis herrscht Krieg, mit unterschiedlicher Intensität, seit 47 Jahren.

Die Uno ist machtlos. Sie unterhält entlang den immer wieder durchbrochenen Waffenstillstandslinien eine Blauhelmtuppe. Sie fordert die Durchführung eines Referendums zur Selbstbestimmung. Umsonst. Unterstützt von Frankreich, den USA und Israel, sabotiert Mohammed VI., der König von Marokko, jeden Friedensprozess.

FREILASSUNG. Seit Beginn dieses Jahres ist die Schweiz für zwei Jahre nichtpermanentes Mitglied des Uno-Sicherheitsrates. Kommenden Mai diskutiert der Rat den MINURSO-Bericht (Bericht der Missionen in der Westsahara). Spätestens dann muss die Schweiz Partei ergreifen. Bis anhin hat sie sich auf die bitter nötige humanitäre Hilfe beschränkt. In Algier hat die Schweiz mit Pierre-Yves Fux einen ausserordentlich kompetenten, engagierten Botschafter. Im März reiste er mit einer EDA-Delegation nach Tindouf. Er erwirkte eine willkommene Erhöhung des Schweizer Beitrages an das Uno-Welternährungsprogramm. Aber eine andere dringliche Aufgabe steht der Schweiz im Uno-Sicherheitsrat bevor: der Kampf um die Freilassung Dutzender von der marokkanischen Geheimpolizei verhafteter politischer Gefangener. Nach schwerer Folter werden sie jeweils in Willkür-Prozessen von der marokkanischen Militärjustiz verurteilt. Meist zu lebenslangen Gefängnisstrafen. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) forderte jahrelang ein Besuchsrecht. Umsonst. Heute hat das IKRK sein Büro in Rabat geschlossen. Die Schweiz muss im kommenden Monat die marokkanische Terrorjustiz im Uno-Sicherheitsrat anklagen und die sofortige Freilassung der Sahraouis erwirken.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein 2020 im Verlag Bertelsmann (München) erschienen Buch **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten** kam im Frühling 2022 als Taschenbuch mit einem neuen, stark erweiterten Vorwort heraus.

**Wir sollten
uns mal
kennenlernen:**



Jetzt am Kiosk! Montag bis Freitag 2,70 CHF
Sonnabend 3,00 CHF

Alle Verkaufsstellen unter: www.jungewelt.de/kiosk

Stämpfli
Verlag

DER DIREKTERE ZUGRIFF

LEXIA.ch: Onlinemodule für die Praxis



- Immer aktuell
- Newsservice mit kommentierten BGer-Entscheiden
- Unlimitiert recherchieren
- Massgeschneiderte Module
- Praktische und zeitsparende Verlinkungen
- Intelligente Suche
- PDF-Download und E-Paper-Ansicht



LEXIA
Aktuell. Digital. Relevant.



Musikerin Sina



Musiker Bastian Baker



Moderatorin Christa Rigozzi



Musiker Kunz



Model Tamy Glauser



Musiker Adrian Stern

PROMIS FÜR DEN KLIMASCHUTZ: Neben vielen Kulturschaffenden befürwortet eine breite Koalition aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft das Klimagesetz.

Glencore-Kohleplan Verstecken statt aufgeben

Weiterhin Kohle mit Kohle machen, ohne offiziell mit Kohle Kohle zu machen: so der Plan des Zuger Rohstoffkonzerns. Geht er auf?

CLEMENS STUDER

Kohle ist ein Drecksengeschäft. Im direkten und im übertragenen Sinn. Energie aus Kohle verpestet die Atmosphäre, der Abbau von Kohle zerstört die Umwelt, die Arbeit in den Kohleminen des globalen Südens ist krankmachend bis tödlich. Aber Kohle ist eben auch ein lohnendes



SCHWARZFAHRER: Glencore-Kohlemine in Australien. FOTO: ZVG

Drecksengeschäft. Für die internationalen Rohstoffkonzerne, die gerne aus der Schweiz heraus operieren. Hier sind die Steuern so tief wie die Regulierungen. Und das Kohlegeschäft lohnt sich noch mehr, seit die Sanktionen gegen Russland wegen des Angriffskriegs gegen die Ukraine das internationale Gasgeschäft auf den Kopf gestellt haben. Europa kauft den Flüssiggasmarkt leer. Das merken besonders asiatische Länder. Und verstromen noch mehr Kohle. Bereits vor dem Ukrainekrieg betrug der Anteil des durch Kohleverbrennung produzierten Stroms am Strommix im Asien-Pazifik-Raum rund 57 Prozent. Strom aus Kohle ist klimatechnisch der dreckigste Strom.

HOKUSPOKUS

Kohle ist ein Drecksengeschäft. Aber ein rentables. Darum wollen die Rohstoffdealer auch nicht darauf verzichten. Eigentlich. Das Problem: Weil immer mehr Leute mit Geld ein besseres Gewissen möchten, möchten immer weniger Menschen mit Kohle Kohle machen. Und deswegen werden für Anlagefonds Investitionen in Kohleabbau und -handel zum Reputationsrisiko. Für den in Zug Steuern optimierenden Konzern Glencore ist Kohle der profitabelste Rohstoff. Doch wenn Grossinvestoren das Reputationsrisiko des Kohlegeschäfts zunehmend höher gewichten als den Profit und deswegen die Glencore-Aktien liegenlassen, schadet das dem Geschäft.

Die Rohstoffspekulanten fürchten schlechte Geschäfte mehr als einen schlechten Ruf. Darum haben die Glencore-Strategen einen Plan ausgeheckt: Wir kaufen einen Konkurrenten, legen das Kohlegeschäft in einer neuen Firma zusammen und bringen diese an die Börse. Hokuspokus Fidibus ist das dreckige Kohlegeschäft nicht mehr im Glencore-Kästli, die Kohle aus dem Kohlegeschäft landet aber trotzdem noch im Glencore-Kässeli. Blöd für die Zuger: Der als Übernahmekandidat auserkorene kanadische Konzern Teck zielt sich, der Teck-Verwaltungsrat hat die bisherigen beiden Übernahmeangebote der Glencore abgelehnt. Pokern, um einen noch höheren Preis zu bekommen? Möglich. Wahrscheinlicher aber ist, dass die Teck-Lenker nichts mit dem Drecksengeschäft Kohle zu tun haben wollen. Präziser: nicht mit der Kraftwerkskohle, mit der Glencore ihr Geschäft macht. Denn die Kanadier geschäften durchaus auch mit Kohle. Aber mit sogenannter metallurgischer Kohle, die bei der Stahlproduktion eingesetzt wird.

Ob das Teck-Aktionariat sich wie der Teck-Verwaltungsrat entscheidet und Glencore eine Abfuhr erteilt, zeigt sich bei der Generalversammlung am 26. April in Vancouver ab 12 Uhr Ortszeit (nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe).

Ja zum Klimagesetz! Die Fakten zur Abstimmung vom 18. Juni

Glanz & Gloria für Gletscher

Am 18. Juni entscheiden die Schweizer Stimmberechtigten über das neue Klimaschutzgesetz. work sagt, worüber wir abstimmen, worüber nicht – und was ein Ja für die Lohnabhängigen bedeutet.

CLEMENS STUDER

Worüber stimmen wir ab?

Das Klimaschutzgesetz will Hausbesitzerinnen, die ihre alten Öl- oder Gasheizungen durch moderne Holzheizungen oder Wärmepumpen ersetzen oder ihre Gebäude besser isolieren, während 10 Jahren mit jährlich 200 Millionen Franken unterstützen. Ebenfalls unterstützt werden Hausbesitzer, die ineffiziente Elektroheizungen durch eine nachhaltigere Alternative ersetzen. Unternehmen, die auf innovative, klimaschonende Technologien setzen, sollen während 6 Jahren ebenfalls mit jährlich 200 Millionen Franken unterstützt werden. Das Gesetz verpflichtet Bund und Kantone dazu, Massnahmen zum Schutz von Natur und Bevölkerung gegen die Folgen des Klimawandels zu ergreifen.

Ist das Klima bei einem Ja gerettet?

Leider nein! Das Gesetz setzt beim Gebäudepark und bei der Industrie an. Diese beiden Bereiche sind für rund die Hälfte der Schweizer Treibhausgasemissionen verantwortlich. Hier zu handeln ist deshalb sinnvoll und nötig. Doch das reicht nicht, es braucht zusätzlich etwa eine Solarinitiative und Massnahmen im Bereich der Mobilität.

Was kostet ein Ja, und woher kommt das Geld?

Insgesamt kostet die Umsetzung des Klimagesetzes während 10 Jahren 3,2 Milliarden Franken: 2 Milliarden zur Unterstützung privater CO₂-Verminderung und 1,2 Milliarden Franken zur Unterstützung innovativer Firmen. Das Geld kommt aus der Bundeskasse. Zusätzliche Abgaben sieht das Gesetz nicht vor. Zum Vergleich: Damit die

UBS die CS übernimmt, riskieren Bundesrat und Nationalbank 259 Milliarden Franken Volksvermögen. Zum Flickern, nicht für Nachhaltigkeit.

Was heisst ein Ja für die Versorgungssicherheit?

Die Schweiz bezieht 100 Prozent der fossilen Energie aus dem Ausland. Für Öl und Gas bezahlen wir jedes Jahr Milliarden von Franken an Diktatoren und Potentaten, unterstützen damit indirekt ihre Menschenrechtsverletzungen und liefern uns ihren Launen aus. Aktuell zeigen gerade die Verwerfungen auf dem Rohstoffmarkt als Folge des russischen Krieges gegen die Ukraine, welche ganz konkreten, schädlichen Folgen das hat. Jede Reduktion der Abhängigkeit von Rohstoffen, die in der Schweiz nicht gefördert werden können (dazu gehört auch das Uran für die Atomenergie), stärkt die Versorgungssicherheit.

Was heisst ein Ja für Lohnabhängige?

Der ökologische Umbau schafft zukunftsreiche Jobs bei Firmen, die sich auf nachhaltige und zukunftsgerichtete Energieerzeugung und -systeme spezialisiert haben. Das Gewerbe profitiert vom Umbau auf nachhaltige Heizsysteme und energetischen Sanierungen von Gebäuden. CO₂-Kompensationen im Ausland sind nur als letztes Mittel erlaubt. Weil dieser moderne Ablasshandel stark eingeschränkt wird, erfolgt der Grossteil der Investitionen in der Schweiz. Das stärkt die regionale Wertschöpfung und schafft Arbeitsplätze, gerade auch in Randregionen.

Was heisst ein Ja für Mieterinnen und Eigenheimbesitzer?

Zwei Drittel der Gebäude in der Schweiz werden noch mit Öl (rund 40 Prozent) oder Gas (20 Prozent) geheizt. Bereits heute sind die erneuerbaren Heizsysteme günstiger im Betrieb. Teuer ist hingegen ihre Anschaffung. Darum halten sich Hauseigentümerinnen und -eigentümer mit der Sanierung zurück oder ersetzen gar fossile Heizsysteme am Ende ihrer Laufzeit wieder mit fossilen Systemen. Das gilt besonders für profitgetriebene Immo-Haie. Ihre Rechnung geht so: Die

Anschaffung muss ich selbst finanzieren, die Betriebskosten kann ich auf die Mieterinnen überwälzen, die dazu nichts zu sagen haben. Das Gesetz will mit der finanziellen Unterstützung bei der Installation klimafreundlicher Heizsysteme diesen Fehlanreiz korrigieren und dafür sorgen, dass das aus Sicht der Mieter vorteilhafteste System gewählt wird. Das nützt auch dem Klima. Der Mieterinnen- und Mieterverband unterstützt das Gesetz genauso wie der Konsumentenschutz.

Wer ist für das Klimagesetz?

Im Parlament stimmten alle Parteien zu ausser der SVP. Bei der FDP gab es im Nationalrat zwei Abweichler (Christian Wasserfallen, Marcel Dobler), bei der Mitte einen (Fabio Regazzi). Im Abstimmungskampf setzt sich eine breite Koalition aus Politik, Wirtschaft, Kultur und der Zivilgesellschaft für das Klimaschutzgesetz ein. Darunter die Gewerkschaften, viele Künstlerinnen und Künstler, Sportlerinnen und Sportler. Und von den Baumeistern über die Bischöfe bis zu den Zoos werben unzählige Verbände und Vereinigungen aus Wirtschaft und Gesellschaft für ein Ja. Auch über 200 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus unterschiedlichen Fachrichtungen sagen Ja. Ebenfalls Ja sagt der Schweizerische Bauernverband. Und selbst der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse hat die Ja-Parole beschlossen.

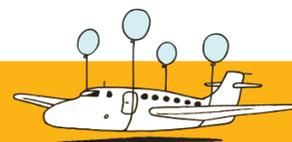
Wer ist dagegen?

Die SVP, andere Verharmloserinnen und Verharmloser des menschengemachten Klimawandels, die Immobilien-Haie und alle jene, die mit dem Handel und dem Verbrennen fossiler Treib- und Brennstoffe ihr Geld machen.

Worüber stimmen wir nicht ab?

Über ein Verbot von Benzin- und Dieselaautos und auch nicht darüber, ob es einen menschengemachten Klimawandel gibt. Ersteres ist nicht nötig, weil sich die Sache mit den «Verbrennern» in den nächsten paar Jahren von selber erledigt. Und letzteres ist seit Jahren ernsthaft nicht mehr zu bestreiten. Auch die Frage, ob die Erde eine Scheibe sei, entzieht sich der eidgenössischen Direktdemokratie.

FOTOS: PAT WETTSTEIN, MIKE WOLF, ELLIN ANDEREGG, PD, KEYSTONE (2)



Amphibien-Flugzeug: Sanfte Landung fürs reiche Gewissen

Das in Payerne ansässige Unternehmen Jekta Swiss entwickelt ein Amphibien-Flugzeug, das die schlechten Gewissen der Stinkreichen beruhigen soll. Und der deutsche Autobauer BMW entwickelt ein elektrisches Bonzenauto. Der Wahnsinn hat System.

Der Reichtum auf dieser Welt ist ungleich verteilt. Zwischen den verschiedenen Ländern. Aber auch innerhalb der einzelnen Länder.

In reichen Ländern essen die Menschen pro Kopf viel mehr Fleisch als in armen Ländern. Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) hat gerechnet: In den USA zum Beispiel vertilgt eine Person im Durchschnitt 128,6 Kilogramm, rund 25 Mal mehr als eine Person in Indien (Details siehe «Links zum Thema»).

Dabei weiss heute fast jedes Kind, dass die Produktion von Fleisch mit einem hohen CO₂-Ausstoss verbunden ist. Genauso wie das Fliegen. Doch das schert die Reichen und Superreichen dieser Welt wenig, sie fliegen am meisten in der Welt herum.

FLIEGENDE KRIEGSGANS. Das grösste je gebaute Wasserflugzeug war die berühmte «Spruce Goose». Ein im Wasser



FLUGTAXI ZUM STRAND: Vom vollelektrischen Wasserflugzeug der Jekta Swiss Aviation sollen 400 Stück entstehen. PROJEKTBIELD: JEKTA

startendes und landendes Holzflugzeug, das 750 Passagiere hätte transportieren sollen. Warum Holzbau? Wir befanden uns beim Start des Projekts mitten im Zweiten Weltkrieg. Stahl und Aluminium wurden für Panzer und Kampfflugzeuge verwendet. Im Kampf gegen die Deutschen. Mit der «Fichtengans», so die Hoffnung, würden die US-Soldaten sicher zu den Kriegsschauplätzen nach Europa transportiert werden können.

Am 1. November 1947 hob die «Spruce Goose» zum ersten und letzten Mal zu

einem kurzen Flug ab. Am Steuer sass der US-Milliardär, Unternehmer und Luftfahrt-pionier Howard Hughes, begleitet von vielen Journalisten. Der Spuk endete im Museum.

Heute, 75 Jahre später, will nun das Unternehmen Jekta Swiss Aviation, mit Sitz in Payerne, eine vollelektrische «Mini-Spruce-Goose» produzieren. Sie hat zwei Motoren mehr als das grosse US-Vorbild von damals. Soll aber anstelle von 750 Passagieren nur deren 19 transportieren. Warum? Weil, wer nicht mehr als 19 Passagiere transportiert, auch nur eine Pilotin

oder einen Piloten braucht. Sparen lernt man bekanntlich bei den Reichen.

WESTSCHWEIZER OPIUM. Das 180 Kilometer pro Stunde schnelle Schweizer Amphibienflugzeug soll die Superreichen und die Stinkreichen bloss von ihren Resorts an unberührte Strände und Buchten fliegen. Deshalb reichen seine Batterien nur für 150 Kilometer. Und deshalb ist der Bau von nur 400 dieser Nischenflugzeuge geplant. Das ist nichts anderes als Westschweizer Opium für das schlechte Gewissen der zu

Wohlhabenden. Im Westen also nichts Neues.

Umso weniger, als der deutsche Autobauer BMW nun versucht, bei den Elektroautos gegenüber China Boden gutzumachen. Zu lange setzte BMW auf Verbrennermotoren und ist deshalb arg in Rückstand geraten. Doch nun greift das Unternehmen nach den Geldbeuteln der Bonzen: mit dem mehr als 200000 Euro teuren, vollelektrischen Megabrummer M7. Das Bonzen-Auto ist 5,36 Meter lang und wiegt 2,7 Tonnen. Als gäbe es keine Klimaerwärmung: der Wahnsinn hat System.

LINKS ZUM THEMA:

● rebrand.ly/fleischkonsum
Der «Courrier international» fasst die Zahlen der FAO zum weltweiten Fleischkonsum in einer Grafik zusammen.

● rebrand.ly/Sprucegoose
Wikipedia liefert immer wieder nützliche Hinweise, hier auch über die «Spruce Goose».

● rebrand.ly/aero2023
Die deutsche Stadt Friedrichshafen – gelegen am Bodensee – schwimmt im Geld. Wegen der erfolgreichen Zeppelin-Stiftung, die ihr Geld für kulturelle Zwecke einsetzt. Die Stadt leistete sich unter anderem ein riesiges Ausstellungsgelände, das sich nie und nimmer rechnet. Die Luftfahrtmesse «Aero» fand vom 19. bis zum 22. April 2023 nach zwei Jahren Zwangspause wieder in Friedrichshafen statt. Auf dieser Website erfahren wir fast alles, was auf dem Gebiet der Elektro-Flugis so geplant wird.

● www.jekta.swiss
Dieses Unternehmen mit Sitz in der Schweiz plant die «Mini-Spruce-Goose» für die Superreichen und die Stinkreichen.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: www.workzeitung.ch

INSERAT

Wo Frauen* sagen, warum sie streiken. Und Männer auch.

work sagt, was ist. Am Puls der Zeit.

work – die Zeitung zur Arbeit für die Arbeitenden.



+++ 1 Jahr work für 36 Franken +++ www.workzeitung.ch +++

Neuer Fotoband über einen jurassischen Bauern und Bestatter Särge in der Garage, Schminke auf der Werkbank

Die Welt in Les Breuleux ist anders. Faszinierend anders, wie der neue Fotoessay von Unia-Mann Lucas Dubuis über einen Bauern und Bestatter im Jura zeigt.

RALPH HUG

Hoch oben, weit weg: Die Menschen in Les Breuleux sind ein hartes Leben gewohnt. Noch 1500 Seelen wohnen in diesem jurassischen Dorf in den Franches-Montagnes, den Freibergen, auf tausend Metern über Meer. Unter ihnen ist Dominique Theurillat, 64 Jahre alt. Theurillat hat zwei Berufe: Landwirt und Bestatter. Oder besser: Bestatter und Landwirt. Denn die Verstorbenen sind sein Hauptjob. Er amtiert für die ganze Region als Bestatter. Natur und Tod sind die beiden wichtigsten Dinge in seinem Alltag. Dies hat den Fotografen Lucas Dubuis (44) so sehr fasziniert, dass er Theurillats Arbeit in einem eindrücklichen Fotoessay festgehalten hat. Die Fotografien sind soeben in Buchform erschienen und demnächst auch an den Bieler Fototagen zu sehen.*

SNÖRKELOSSES HANDWERK

Dubuis ging in seiner Arbeit sehr rücksichtsvoll vor. Verstorbene sind kaum zu sehen. Höchstens mal eine Hand oder die Wölbung einer Decke, die einen Körper bedeckt. Der Autor wahrt die Würde der Toten. Und er zollt der Arbeit des Bestatters viel Respekt. Aber er legt auch den schnörkellosen Pragmatismus im Umgang mit dem Tod offen. Das mag schockieren, gar etwas pietätlos wirken. Doch Bestatten ist eben auch ein Handwerk.

Dazu braucht es einen Vorrat an Särgen, man muss den Leichnam aufbahnen und herrichten. Manchmal ist ein Bostitch nötig, immer aber Schminke und Puder sowie ein



EIN PARKPLATZ FÜR DEN TOD: Im abgelegenen Juradorf Les Breuleux ist der Bestatter kein Zeremonienmeister mit allerlei teurem Trauerschnickschnack auf der Preisliste. Sondern einfach ein Handwerker. FOTO: LUCAS DUBUIS

Lager für den Stoff und die Totenhemden. Alles möglichst praktisch. Darum stehen die Säрге in einer Garage neben einem Stapel Pneus, und die Schminke liegt schon mal auf der Werkbank neben Schraubenziehern. Dubuis' Fotografien muten teils skurril an – ein Abbild der skurrilen Welt in Les Breuleux. Nicht nur sind hier Leben und Tod eng verschränkt und untrennbar mit Arbeit und Mühsal verbunden. Hier zelebrieren die Menschen auch gerne ihre Freiheit: Sie sehen sich als Farmer und Ranger in rauer Natur, fahren mit grossen Pick-ups herum und hängen in der Werkstatt US-Flaggen auf. Wilder Westen im Jura.

GROSSES SCHWEIGEN

Fotograf Dubuis zeigt uns diese Welt so präzise und klar, weil er sie kennt: Er selbst ist dort aufgewachsen. Den Bestatter Dominique Theurillat lernte er kennen, als seine Gross-

mutter starb. «Ein sehr ernsthafter Mann mit einem unglaublichen Taktgefühl», beschreibt er ihn. «De la terre à la terre»: So heisst der Titel des Fotobands. Asche zu Asche, Staub zu Staub – eine liturgische Formel, die auf die Vergänglichkeit des Menschen verweist.

Wie er im Gespräch mit work ausführt, wollte Dubuis auch die einfache, ja prekäre Existenz der Leute in dieser Gegend festhalten. Ein Leben, das sie für immer zeichnet. So sitzen auf einem Bild drei Männer an einem Holztisch: Dominique Theurillat, sein Bruder Alain und sein Sohn Fabrice, der den Hof übernommen hat, seit sein Vater hauptamtlicher Bestatter ist. Die Blicke sind gesenkt, ein grosses Schweigen lastet über den dreien, Frauen sind nicht zu sehen. Draussen ist es bereits Nacht. Manchmal trübt dichter Nebel die Sicht, selbst im hochgelegenen Les Breuleux. Alles passt zu-

sammen in diesem starken Essay über die «condition humaine» im hohen Jura.

Lucas Dubuis hat als Autodidakt mit Fotografieren begonnen. 2016 hat er die Arbeit «Quiet Novosibirsk» über eine Reise zweier Bieler Musiker nach Sibirien veröffentlicht. Beruflich arbeitet er in der Kommunikationsabteilung der Unia. Oft greift er auch für die Gewerkschaft zur Kamera. Dabei unterstreicht er die Bedeutung von Bildern für die Gewerkschaftsarbeit: «Die Fotografie ist ein kraftvolles Medium, mit ihr kann man viele Geschichten erzählen.» Wie jene vom Bestatter aus dem Jura.

* Lucas Dubuis, **De la terre à la terre**. Dominique Theurillat, Bauer und Bestatter. Edition Haus am Gern, Biel 2023, Fr. 35.–. Zu beziehen online beim Verlag Haus am Gern, edition-hausamgern.ch. Bieler Fototage vom 5. bis zum 28. Mai, Programm: bielerfototage.ch.

Youtube ganz anders Kanal gegen Tabuthemen

Schlaganfall mit 22, daten als Transfrau oder schwul sein und im Militär dienen – auf dem Youtube-Kanal «auf Klo», einer Produktion von ARD und ZDF, gibt es keine Tabus. Junge Moderatorinnen und Moderatoren interviewen Gäste zu Themen, von denen die meisten Medien die Finger lassen. Es geht etwa um verschiedene Sexualitäten, psychische Krankheiten oder unkonventionelle Lebensformen. So erzählt beispielsweise Gea, wie ihr Alltag mit ADHS aussieht. Roman und Daniel berichten, wie es war, als schwules Paar Kinder zu adoptieren. Und Saleh schildert im Interview, wie er mit 17 Jahren allein aus Syrien geflüchtet ist. Rein schauen und Scheuklappen ablegen!

www.youtube.com/@aufklo

Buchvernissage Zwangsarbeit für Frauen in der Schweiz

Was macht das Schweizer Sozialsystem mit jungen Frauen, die ihm nicht in den Kram passen? «Versorgen», lautete die Antwort während Jahrzehnten. Heisst: Wegsperrung in Heime und Anstalten. Doch auch etliche Industrielle wurden mit jungen Frauen beliefert. In ihren Fabriken mussten sie Zwangsarbeit leisten – für ein Trinkgeld oder ganz ohne Lohn. Und das noch bis in die 1970er Jahre! Dabei hatte die Schweiz das internationale Verbot von Zwangsarbeit schon 1958 ratifiziert. Einer der Grossprofiteure dieses Behördenverbrechens war der schwerreiche Waffenhändler und Kunstsammler Emil Bührle. Dies hat der «Beobachter»-Journalist Yves Demuth aufgedeckt. Das Buch zum Skandal präsentiert er am 3. Mai im Zürcher Volkshaus.



Schweizer Zwangsarbeiterinnen. Eine unerzählte Geschichte der Nachkriegszeit. Von Yves Demuth, Zürich 2023, 200 Seiten, Fr. 35.–. Vernissage und Diskussion mit Betroffenen am 3. Mai, 19 Uhr im Volkshaus Zürich. Anmeldung unter rebrand.ly/Zwangsarbeit.

workxl der wirtschaft

Daniel Lampart



TIEFER PRO-KOPF-KONSUM: HAUSHALTE UNTER DRUCK

Die Teuerung und die stark steigenden Krankenkassenprämien belasten die Haushalte mit unteren und mittleren Einkommen finanziell immer stärker. Eine vierköpfige Familie zahlt heute für die Krankenkassenprämie 1000 Franken und mehr, selbst wenn sie ein preisgünstiges HMO-Modell gewählt hat. Zusätzlich werden ab Oktober in der Schweiz die Mieten steigen, weil der Referenzzinssatz des Bundes erhöht wird.

PRÄMIENEXPLOSION. Bei den Löhnen ist die Situation unbefriedigend. Uns Gewerkschaften gelang es zwar, insgesamt Lohnerhöhungen von gegen 2,5 Prozent auszuhandeln. Doch die Arbeitgeber haben sich leider in vielen Betrieben geweigert, die Teuerung auszugleichen. Obwohl sie selber die Preise erhöht haben. Und die Kantone stehen bei den Prämienverbilligungen stark auf der Bremse, so dass viele Haushalte heute bis zu 15 Prozent ihres Lohnes für die Krankenkasse ausgeben müssen.

Auch die Rentnerinnen und Renter haben zunehmend finanzielle Probleme. Die AHV wird zwar an die Teuerung angepasst. Aber bei den Pensionskassenrenten frisst die Teuerung Kaufkraft weg. Und auch die Krankenkassenprämien der Seniorinnen und Senioren steigen. Unter dem Strich haben zahlreiche Haushalte real weniger Einkommen zur Verfügung als zuvor. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass die Konsumentenstimmung in der Schweiz einen Tiefststand erreicht hat.

BESORGNISERREGEND. Die Kaufkraftprobleme haben auch beim Konsum ihre Spuren hinterlassen. Wenn das Geld knapper ist, wird zwangsläufig weniger konsumiert. Der reale Pro-Kopf-Konsum in der Schweiz ist heute tiefer als vor der Coronakrise. Klammert man die Gesundheitsausgaben aus, ist er sogar tiefer als vor 10 Jahren. Auch in anderen Ländern wie den USA hat die Coronakrise zu einem vorübergehenden Einbruch geführt,

Realer privater Konsum pro Kopf inkl. Prognose 2023 (Index 2010 = 100)



weil viele Geschäfte und Restaurants geschlossen waren. Und weil es Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit gab. Doch dort hat sich die Lage wieder korrigiert. Teilweise haben die Haushalte sogar gespartes Geld ausgegeben. In der Schweiz zeigen die Statistiken hingegen ein besorgniserregenderes

Bild. Die Löhne müssen steigen, damit es der Bevölkerung finanziell wieder bessergeht. Und es braucht endlich mehr Prämienverbilligungen zur Senkung der Prämienlast.

Daniel Lampart ist Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds (SGB).

Gewerkschafter in Haft In den Kerkern von Belarus

Siarhei Dziuba, Zugsabfertiger der belarussischen Eisenbahn, Vater von drei Kindern; Hanna Abla, Fahrplanspezialistin, zwei Kinder; Ihar Mints, Rechtsberater bei einer Ölraffinerie; drei von insgesamt 31 Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern, die nach wie vor in Belarus im Gefängnis sitzen. Weil sie für Demokratie und Arbeiterrechte einstanden, gerieten sie ins Visier des Lukaschenko-Regimes. Die Organisation Solidarnast kämpft für ihre Freilassung. Mit einem internationalen Appell macht sie auf die Repression gegen unabhängige Gewerkschaften aufmerksam – ein Jahr nach der anti-gewerkschaftlichen Verhaftungswelle im April 2022 und mit dem Slogan: «Gewerkschaftsarbeit ist kein Extremismus».

www.solidarnast.info (auf englisch)



Das offene Ohr
Markus Widmer von der Unia-Arbeitslosenkasse beantwortet Fragen aus der Arbeitswelt.

Arbeitslos I: Bin ich für sechs Wochen nicht vermittlungsfähig?

Ich bin per 1. September 2022 unverschuldet arbeitslos geworden, weil der Arbeitgeber mir aus wirtschaftlichen Gründen gekündigt hat. Auf dem Stellenvermittlungsbüro hat man mir noch während der laufenden Kündigungsfrist empfohlen, in Frankreich einen Französischkurs zu besuchen, um damit meine Chance zu erhöhen, eine neue Arbeitsstelle zu finden. Das habe ich getan und einen Sprachaufenthalt für drei Monate gebucht. Da mir das RAV den Französischkurs nicht bezahlen wollte, habe ich mich per 15. Oktober von der Arbeitsvermittlung abgemeldet. Nun hat mir die kantonale Arbeitsstelle rückwirkend für den Zeitraum vom 1. September bis 15. Oktober die Vermittlungsfähigkeit aberkannt und eine entsprechende Verfügung erlassen. Ist das korrekt?

MARKUS WIDMER: Leider ja. Das Bundesgericht hat in einem ähnlichen Fall die Vermittlungsfähigkeit rückwirkend aberkannt. Die Begründung: Wenn jemand auf einen bestimmten Termin anderweitige Verpflichtungen einget



LEHRBLÄTZ: Wer einen Sprachkurs bucht, lernt unter Umständen auch eine Tücke der ALV kennen. FOTO: ISTOCK

und deshalb für eine neue Beschäftigung nur noch während einer kurzen Zeit zur Verfügung steht, ist die stellensuchende Person nicht mehr vermittlungsfähig. Denn die Aussichten sind gering, in dieser kurzen Zeit eine neue Arbeitsstelle zu finden. Die kantonale Arbeitsstelle gibt in ihrer Verfügung an, dass Sie bereits vor Ihrer Anmeldung per 1. September 2022 den Sprachaufenthalt gebucht haben und somit dem Arbeitsmarkt nur für den Zeitraum vom 1. September bis 15. Oktober zur Verfügung gestanden haben. Es sei daher sehr unwahrscheinlich, dass ein Arbeitgeber Sie für nur rund sechs Wochen beschäftigt hätte. Wir empfehlen Ihnen, diese Verfügung nicht anzufechten.

Arbeitslos II: Gibt es ohne Arbeitsberechtigung keine Taggelder?

Ich bin russische Staatsangehörige und habe eben meine Arbeitsstelle verloren. Ich habe mich beim RAV angemeldet. Leider besitze ich keine gültige Arbeitsberechtigung. Das RAV hat von der kantonalen Arbeitsstelle die Vermittlungsfähigkeit prüfen lassen und ist zum Schluss gekommen, dass ich nicht vermittlungsfähig sei und deshalb kein Anrecht auf Arbeitslosentaggeld hätte. Soll ich die Verfügung anfechten?

MARKUS WIDMER: Das lohnt sich leider nicht. Sie schreiben, dass Sie über keine gültige Arbeitsberechtigung verfügen. Das Bundesgericht hat in einem Urteil festgehalten: Wenn und solange eine Person keine gültige Arbeitsberechtigung hat, ist sie nicht vermittlungsfähig. Sie haben somit keinen Anspruch auf Arbeitslosentaggeld. Wir empfehlen Ihnen deshalb, die Verfügung nicht anzufechten.

Streikrecht: Das müssen Sie beachten

Streiken wirkt! Aber es gibt Regeln

90 Prozent aller Streiks enden mit einem vollen oder teilweisen Erfolg. In der Schweiz ist das Streiken ein in der Verfassung verankertes Recht. Doch es gibt für Streikende Bedingungen, die sie zwingend einhalten müssen.

MARIA KÜNZLI

Klaus Pedruzzi ist frustriert: Die Arbeitsbedingungen in der Bau- firma, bei der er seit fünf Jahren angestellt ist, sind schlecht. Er fühlt sich ausgenutzt: der Lohn ist zu tief, die Tage zu lang. Nur Arbeiten ohne Rechte? Nicht mit ihm! Er überredet seine Kolleginnen und Kollegen, nächste Woche einfach nicht arbeiten zu gehen. Schliesslich ist ja bald 1. Mai, und die Vorgesetzten sollen ruhig merken, was ihnen fehlt, wenn einfach niemand mehr da ist, der die Arbeit für sie erledigt.

Seit dem Jahr 2000 ist Streiken in der Schweiz ein in der Verfassung festgeschriebenes Recht. Und es ist ein wirkungsvolles Mittel. Bei 90 Prozent der Streiks erzielen die Beschäftigten gemeinsam mit den Gewerkschaften Erfolge. Berechtigte Forderungen lassen sich so durchsetzen, das hat die Geschichte schon oft gezeigt. Doch was Bauarbeiter Pedruzzi leider entgangen ist: Sogenannte wilde Streiks – also ohne Gewerkschaft – sind in der Schweiz nicht erlaubt. Er riskiert viel mit seinem Handeln und könnte sogar seine Stelle verlieren. Denn fürs Streiken gibt es Regeln.

STREIK ALS LETZTES MITTEL

Wenn es in einem Betrieb einen Konflikt gibt, dann braucht es zuerst Gespräche und Verhandlungen – am sinnvollsten mit Unterstützung der Gewerkschaft. Es darf nicht einfach gestreikt werden. Bei Gesamtarbeitsverträgen schreibt das Obligationenrecht zudem eine Friedenspflicht vor. Die Vertragsparteien sind verpflichtet, auf Streiks zu verzichten, solange der Vertrag gültig und ungekündigt ist. Umstritten ist, was gilt, wenn der Gesamtarbeitsvertrag ausläuft und die Vertragsparteien über einen neuen Vertrag verhandeln. Nach Auffassung der Gewerkschaften

ist dann die Friedenspflicht zu relativieren, weil sonst ja immer ein vertragsloser Zustand abgewartet werden müsste, bis die Arbeitnehmer sich kollektiv für bessere Arbeitsbedingungen einsetzen können.

Und für Streiks gibt es klare Regeln. Sie stehen zwar in keinem Gesetz, sind aber aus der gerichtlichen Praxis gewachsen: Klaus Pedruzzi hätte sich als erstes an die für seine Branche zuständige Gewerkschaft wenden sollen.

Lohnersatz bezahlt die Gewerkschaft aus der Streikkasse.

Denn ein Streik muss von einer Gewerkschaft oder einem Angestelltenverband angeführt werden. Vor einem Streik müssen Verhandlungen zwischen der Gewerkschaft und dem Arbeitgeber stattgefunden haben. Zweitens: Der Streik muss verhältnismässig sein. Das heisst, dass Streiken laut Bundesgericht erlaubt ist, wenn Verhandlungen gescheitert sind und es keine andere Möglichkeit mehr für eine Einigung gibt. Und drittens muss ein Streik klare Ziele verfolgen, zum Beispiel bessere Arbeitsbedingungen oder höhere Löhne.

Sind diese Bedingungen erfüllt, dürfen mit wenigen Ausnahmen alle Arbeitnehmenden streiken. Ausgenommen sind bestimmte Kategorien des Bundespersonals, darunter auch jene, die für den Schutz der Staatssicherheit zuständig sind, also zum Beispiel Mitglieder der Strafverfolgungsbehörde des Bundes oder das Zollpersonal.

KEINE NACHHOLPFLICHT

Eine der Kernaufgaben einer Gewerkschaft ist, Arbeitnehmende bei der Durchsetzung ihrer gerechtfertigten Anliegen zu unterstützen – wenn es nicht anders



WORKTIPP

WAS GILT AM 1. MAI?

Auch am Tag der Arbeit darf nicht einfach so gestreikt werden. Wer auf die Strasse will und freihat, ist klar im Vorteil. Als Feier- respektive Ruhetag gilt der 1. Mai in den Kantonen Zürich, Basel-Stadt und Basel-Land, im Jura, Neuenburg, Schaffhausen, Thurgau und im Tessin. Im Kanton Solothurn ist ab Mittag frei, im Kanton Freiburg gilt der halbe Feiertag offiziell nur für Mitarbeitende im öffentlichen Dienst. Im Kanton Aargau ist der Tag kein offizieller Feiertag, dennoch wird in der Mehrzahl der Betriebe nur bis mittags gearbeitet. Wer am 1. Mai nicht freihat und dennoch auf die Strasse gehen möchte, spricht sich am besten mit seinen Vorgesetzten ab.

geht, auch mit Streik. Die streikenden Mitarbeitenden müssen die Arbeitsstunden nicht nachholen, haben für diese Zeit allerdings auch keinen Anspruch auf Lohn. Dafür gibt es Lohnersatz aus der Streikkasse der Gewerk-

schaft. Als Unia-Mitglied haben Sie im Falle eines Streiks Anrecht auf Lohnersatz.

Auch bei einer Protestaktion während laufender Verhandlungen darf der Arbeitgeber den Lohn aussetzen, wenn die Protestaktion während der Arbeitszeit stattfindet – auch dann kann die Gewerkschaft für den Lohnausfall aufkommen. Werden Angestellte aufgrund eines legalen Streiks entlassen, können sie die Entlassung anfechten.

GRENZFALL FRAUENSTREIK

Wo das Gesetz auf die Realität trifft, gibt es Grauzonen und Grenzfälle. Wie den Frauenstreik

zum Beispiel. Obwohl es vor dem grossen Streik 2019 seitens der Arbeitgeberverbände hiess, dass der Streik nicht rechtens sei, da es dabei nicht um Inhalte aus den Gesamtarbeitsverträgen

Entlassungen wegen Teilnahme am Streik sind missbräuchlich.

ginge, legten sehr viele Frauen und unterstützende Männer ihre Arbeit nieder. Die allermeisten von ihnen bekamen danach keine Sanktionen aus der Chefetage zu spüren – kaum ein Unternehmen wollte es wohl ris-

kieren, sich in der Öffentlichkeit unbeliebt zu machen und der Frauenfeindlichkeit verdächtigt zu werden. Und je mehr Mitarbeitende sich an einem Streik beteiligten, desto weniger Sanktionen haben sie zu befürchten. Was Klaus Pedruzzi betrifft, so war sein Impuls, sich gemeinsam mit seinen Kollegen für bessere Arbeitsbedingungen einzusetzen, goldrichtig. Aber er hätte ein paar Dinge mehr beachten müssen. Am besten hätte er sich gleich zu Beginn mit seiner Gewerkschaft beraten, dann verhandelt und – wenn nötig – zum richtigen Zeitpunkt gestreikt.

VOR JEDEM STREIK

REDEN HILFT. MANCHMAL...

Ein Streik ist eine radikale Massnahme, die nötig ist, wenn nichts anderes mehr greift. Was Sie als Arbeitnehmerin oder Arbeitnehmer tun können, um sich für bessere Arbeitsbedingungen einzusetzen, bevor die Fronten verhärten sind: Suchen Sie das Gespräch mit Ihrer Chefin oder Ihrem Chef. Erklären Sie ihr oder ihm, weshalb Sie unzufrieden sind und was Sie sich für Ihre Arbeitsstelle wünschen. Manche Dinge lassen sich vielleicht sofort ändern, oder die Sichtweise des Gegenübers schafft Verständnis für die gegenwärtige Situation. Sprechen Sie auch mit Ihren Kolleginnen und Kollegen: Wie empfinden sie die Arbeitsbedingungen? Legen Sie gemeinsam die nächsten Schritte fest. Je mehr Personen sich für das gleiche Anliegen einsetzen, desto grösser sind die Wirkung und der Druck auf den Arbeitgeber.

HILFE HOLEN. Wenden Sie sich frühzeitig an die für Ihre Branche zuständige Gewerkschaft. Eine Mitgliedschaft in einem Berufsverband oder einer Gewerkschaft darf Ihnen der Arbeitgeber nicht verbieten. Auch diese Rechte sind in der Verfassung festgehalten. Die Gewerkschaft steht Ihnen beratend zur Seite und führt für Sie die Verhandlungen mit dem Arbeitgeber. (mk)

saldotipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldó».



GUT UNTERWEGS: Die Routenplanung hilft, Umwege zu vermeiden, und dient der Sicherheit.

FOTO: ADOBE

Die besten Navigations-Apps für Velotouren

Wenn Sie eine Velotour planen, können Sie sich den Weg von Navigations-Apps auf dem Handy anzeigen lassen – einschliesslich Tempo, Distanzen und Höhenprofil. Der App-Test auf Velorouten in den Kantonen Aargau, Basel-Land, Bern und Zürich hat gezeigt: Am besten planen Velofahrer eine Tour mit «Komoot». Die App punktete mit einfacher Bedienung und guter Anzeige. Die Route lässt sich leicht mit Start- und Endpunkt planen. Dazu gibt man die Adresse ein oder legt die Punkte auf der Karte fest. Die App führt die Route so weit möglich über Velowege und vermeidet stark befahrene Strassen. Praktisch: Je nach Velotyp (Rennvelo, Citybike, Mountainbike und andere) gibt es unterschiedliche Routenvorschläge. Um Karten herunterzuladen, zahlen Sie pro Region 3 Franken, für sämtliche Karten weltweit einmalig 25 Franken.

ROUTENPROFIL. Ähnlich gut schnitt «Bikemap» ab, jedoch mit Abstrichen bei Bedienung und Anzeige. Die App ist gratis, jedoch kostet die Premiumversion mit Sprachansage, Offline-Karten und Routenprofil 9 Franken pro Monat oder 54 Franken pro Jahr. «Google Maps» lässt sich zwar einfach bedienen, aber das Herunterladen von Karten zu Hause erwies sich im Test als mühsam. Erwähnenswert ist die App «Schweiz Mobil» mit ihren rund 100 Tourenvorschlägen durch die ganze Schweiz. Jede Route ist umfassend mit Texten und Fotos beschrieben. Mühsamer ist es jedoch, wenn man eine eigene Route planen will (nur mit Gönnerabo möglich für 35 Franken pro Jahr). Dazu ist eine längere Einarbeitung nötig, und es klappt nur via Website und nicht direkt in der App. (MARC MAIR-NOACK)

Reka: Special über Auffahrt Einfach mal weg

Verschnaufpause nötig? Reka bietet über Auffahrt auf ausgewählte Ferienangebote einen Rabatt von 20 Prozent.

Haben Sie über Auffahrt noch nichts vor, möchten aber mal raus? Allerdings ist das Geld gerade eher knapp? Dann lohnt es sich, die Ferienangebote auf www.reka.ch zu checken. Über 2023 sind ausgebucht, es gibt aber Wartelisten (rebrand.ly/movendowarteliste). Am besten bei Movendo anrufen (031.370.00.70) und fragen, bei welchem Datum die Nachrückchance am grössten ist. Für das 2. Semester ist übrigens ein Kurs zum Thema «Renten und Erwerbsarbeit aus Frauensicht» in Planung, Datum noch offen. www.movendo.ch

BRUNCH GEFÄLLIG? Das Spezialangebot gilt aktuell für die Reka-Feriedörfer in den Wander- und Ausflugsgebieten

Blatten-Belalp, Zinal und Disentis. An letzteren beiden Standorten lässt sich ein reichhaltiger Auffahrtsbrunch dazu buchen.

Für den regulären Tagespreis sind über Auffahrt auch noch andere Ferienwohnungen zu haben. Die Auswahl ist

Der Rabatt gilt für die Feriedörfer in Zinal, Disentis und Belalp.

gross: Zieht es Sie nach Leukerbad? Oder nach Zermatt? Oder doch eher ins Engadin oder ins beschauliche Rougemont? Viel Spass beim Stöbern!

Übrigens: Als Mitglied der Unia profitieren Sie von 10 Prozent Rabatt auf alle Reka-Ferienwohnungen im In- und Ausland.

AHV: Lücken mit Tücken

Fehlende Beiträge können Sie teuer zu stehen kommen



OHNE LÜCKE!

Nur wer jedes Jahr in die AHV einzahlt, erhält die volle Rente.

FOTO: ADOBE

Jedes beitragslose Jahr führt zu einer Kürzung der Altersrente, work sagt Ihnen, worauf Sie achten müssen und wie Sie schmerzhaft Lücken vermeiden können.

MARIA KÜNZLI

Was ist schon in zwanzig oder dreissig oder noch mehr Jahren? Niemand weiss es, und deshalb verdrängt man gerne Angelegenheiten, die einen jetzt noch nicht betreffen. Die Rente zum Beispiel. Doch insbesondere die AHV sollten Sie schon früh im Auge behalten, um Lücken und spätere Rentenkürzungen zu vermeiden. Wir zeigen Ihnen, wie das geht.

Um die Maximalrente zu erhalten, müssen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ab dem 21. Lebensjahr bis zum ordentlichen Rentenerwerb jährlich AHV-Beiträge bezahlen. Dabei berappen Angestellte und Arbeitgeber je die Hälfte der AHV/IV/EO-Beiträge, die aktuell insgesamt 10,6 Prozent des Bruttolohns betragen. Beitragslücken – also Jahre, in denen Sie keine Beiträge an die Sozialversicherungen gezahlt haben – machen sich schmerzhaft in der AHV- oder IV-Rente bemerkbar. Für jedes fehlende Jahr wird ein bestimmter Betrag von der Rente abgezogen.

Gründe für Beitragslücken können zum Beispiel Versäumnisse des Arbeitgebers sein, ein niedriges Arbeitspensum, längere Auslandsreisen sowie Erwerbsunterbrüche wie Familienzeit oder ein

Bestellen Sie alle paar Jahre einen AHV-Kontoauszug.

Vollzeitstudium. Wer zu Hause Kinder betreut oder Angehörige pflegt, hat Anrecht auf Erziehungs- und Betreuungsgutschriften, die sich später positiv auf die Rente auswirken.

KONTROLLE IST BESSER

Beitragslücken lassen sich zwar mit Nachzahlungen auffüllen, allerdings nur, wenn das beitragslose Jahr nicht länger als fünf Jahre zurückliegt. Um sich einen Überblick über

allfällige Lücken zu verschaffen, bestellen Sie deshalb am besten alle vier bis fünf Jahre bei der Eidgenössischen Ausgleichskasse einen Auszug aus Ihrem AHV-Konto. Das ist kostenlos und kann unkompliziert online bestellt werden (rebrand.ly/ahvkontoauszug).

Der Kontoauszug listet sämtliche Einkommen, Beitragszeiten und Betreuungsgutschriften auf, die als

Der Mindestbeitrag liegt aktuell bei 514 Franken pro Jahr.

Grundlage für die Berechnung einer Alters-, Hinterlassenen- oder Invalidenrente dienen. Falls Sie eine Lücke entdecken, die durch das Ver-

säumnis eines Arbeitgebers entstanden ist, schreibt Ihnen die AHV die nicht bezahlten Beiträge gut. Allerdings müssen Sie beweisen können, dass Ihnen die Beiträge im betreffenden Jahr vom Lohn abgezogen wurden. Deshalb ist es ratsam, die Lohnausweise aufzubewahren.

MINDESTBEITRAG ZAHLEN

Während des Studiums oder in Zeiten, in denen Sie nicht arbeiten, sollten Sie Mindestbeiträge an die AHV bezahlen, um Lücken zu vermeiden. Der jährliche Mindestbeitrag beträgt zurzeit 514 Franken. Nichterwerbstätige Ehefrauen und Ehemänner müssen keine Mindestbeiträge entrichten, wenn der Ehepartner oder die Ehepartnerin arbeitet und bei

der AHV mindestens den doppelten Mindestbetrag, also 1028 Franken pro Kalenderjahr, bezahlt. Personen, die eine Zeitalang im Ausland arbeiten, sollten sich vor dem Auslandsaufenthalt bei der AHV melden. Je nach Land und Dauer des Aufenthalts sind die Bestimmungen und Möglichkeiten anders.

LÜCKEN STOPFEN

Haben Sie Beitragslücken, die länger als fünf Jahre zurückliegen und deshalb nicht nachträglich aufgestockt werden können, bleibt Ihnen nur die Möglichkeit, die Einbusse wenn möglich privat einzusparen – also ein Sparkonto anzulegen oder in eine dritte Säule einzuzahlen.

workrätsel

Gewinnen Sie 200 Franken in Reka-Checks!



Über 9000 Ferien- und Freizeitanbieter werden günstiger durch Reka-Checks: ÖV, Reisebüros, Hotels, Restaurants, Kinos, Tankstellen, Freizeitparks u. v. m.

www.reka.ch

LÖSUNG UND GEWINNER AUS NR. 7

Das Lösungswort lautete: **DUMPINGLOEHNE**



DEN PREIS, ein K-Tipp-Abo, hat gewonnen: **Fritz Leuzinger, Zweisimmen BE.**
Herzlichen Glückwunsch!

Arbeits-einheiten beim Film			Milchorgan der Kuh	Ballett-röckchen	kurzes Entsetzen			Windstoss	Anglergruss: ... Heil!	männl. Fürwort	brit. Münzeinheit Mz.		Walliser Süßspeise		schweiz. Filmregisseur	EU-Austritt Englands	überholt (engl.)	eingeschaltet
Natursteinhaus (TI)		3						Grapefruchtgetränk aus d. Kt. BL							langer Feder-schal			
lat.: und			harte Innenteile		Zauberrei, Magie		5						zu Gott sprechen		engl.: rennen			
Flächenmass								eh. Berliner Flughafen		westgerman. Volk		Chefin CGT (Sophie)						Einschnitt, Scharte
					engl. Gebäck zur Tea Time			...-Aufruhr in Deutschland							abscheulich		Beiheft zu einer CD	
Strohunterlage			Unterarmknochen Mz.		Glas des Fensters							Zurücksetzen eines PC		harzloser Nadelbaum				
Hals, Nacken							8	dumm		unverheiratet		Teil e. Atomkraftwerkes						
					Türgriff			dokumentieren						Schichtpressstoff		Bindewort		
flüssige Fette	kleine Siedlung		Feuerwerkskörper									scheinheilig		Boxhieb				7
Ulla ... am 14. Juni						Halbton unter D		Computerdateien (engl.)		Schicht, Überzug						schweiz. Nutzfahrzeugverband		dt. Handelsbund im MA
			Musikinstrument		Fehlbetrag									Natriumcarbonat		Sprechpausenüberbrückung		
best. Artikel (4. Fall)			mildtätig, barmherzig				4			griech. Sporadeninsel		Mittagsruhe in Spanien						
Aussehen (engl.)					Autokz. Kanton Uni			Personalpronomen		Puppenhülle der Seidenraupe					ital. Tonbez. für das D			Ausruf
Mehr Bijeerzüge nach ...			noch nicht benutzt			Sammelstelle							aus jenem					
					kurz für: heraus					planmäßiges Vorgehen								9

1	2	3	4	5	6	7	8	9
---	---	---	---	---	---	---	---	---

Lösungswort einsenden an:
work, Postfach, 3000 Bern 16, oder per E-Mail:
verlag@workzeitung.ch
Einsendeschluss 5. Mai 2023

INSERAT



21. Oktober 2023 in Bern, Kursaal

Einberufung des ausserordentlichen Kongresses der Gewerkschaft Unia

«Unia 2.0 – Unia für alle»

Anlässlich des vierten ordentlichen Kongresses der Unia haben die Kongressdelegierten im Juni 2021 den Leitantrag «Reformdiskussion «Unia 2.0 – Unia für alle» verabschiedet und den Auftrag erteilt, Anträge «für strategische, organisatorische und statutarische Weichenstellungen» zu erarbeiten, um die Unia zu befähigen, neue Herausforderungen zu bewältigen, Mängel der Organisation zu beheben und die Fusionsversprechen einzulösen. Diese Anträge sollen anlässlich eines ausserordentlichen Kongresses behandelt werden.

Der Zentralvorstand der Unia hat am 4. April 2023 beschlossen, diesen ausserordentlichen Kongress am 21. Oktober 2023 in Bern, Kursaal, durchzuführen.

Im Zentrum des Kongresses steht die Statutenreform «Unia 2.0 – Unia für alle».

- Die Hauptthemen sind:**
- Reformvorschläge zu den Unia-Statuten
 - Resolutionen zu aktuellen Themen

Die vom Zentralvorstand aufgrund einer breiten Konsultation bei den Milizinstanzen der Regionen, Sektoren und Interessengruppen erarbeiteten Reformvorschläge der Unia-Statuten werden den Kongressdelegierten spätestens drei Monate vor dem Kongressdatum zugestellt.



WORKLESERFOTO



April, April!

WANN 6. April 2023
WO Wikon LU
WAS Löwenzahn in Blüte
 Eingesandt von Ulrich Kupferschmid, Wikon

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben. Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

WORKPOST



WORK 7 / 14.4.2023: DER BUNDESRAT LEGT DIE DEMOKRATIE AUF EIS Geld, Geld, Geld

Nicht nur für die Lohnabhängigen gibt es kein Geld von unserem Staat, sondern auch für Personen mit Behinderung, für Alte und Kranke usw. Der Mensch zählt offensichtlich immer weniger, der Mammon dafür immer mehr.
 MARCEL WUNDERLIN, VIA FACEBOOK

Alles für die Banken

Preise für Lebensmittel steigen, die Billette für Bus und Bahn werden teurer. Die Mieten und Nebenkosten steigen, und die Krankenkassenprämien explodieren. Die Löhne halten nicht mit. Immer mehr Menschen in der Schweiz schauen verzweifelt, wie sie Ende Monat die Rechnungen bezahlen sollen. Der bürgerlichen Mehrheit in den Parlamenten dieses Landes ist das egal. Mehr Ergänzungsleistungen, höhere Prämienverbilligungen,

Löhne, die zum Leben reichen? Ihre Antwort ist immer die gleiche: «Zu teuer, dafür haben wir kein Geld.» Ganz anders, wenn es um Steuergeschenke für Reiche und internationale Konzerne geht. Das ist eine Sauerei! Und diese haben wir der SVP, der FDP, der GLP und der CVP (pardon: Mitte) zu verdanken. Hoffentlich denken die Wählenden im Herbst daran!
 SONJA SUTTER, PER MAIL

Augen auf!

Wenn sich die Zusammensetzung des Parlaments nicht ändert, geht es einfach so weiter. Allen Schalmesängern der Bürgerlichen zum Trotz. Ich habe viele bürgerlich wählende Bekannte. Denen gehen auch langsam die Augen auf.
 HERBERT WAGNER, PER MAIL

Blick in die Geschichte

Danke für den Hintergrund zum Verhalten der Bürgerlichen in

Sachen Bankenrettungen. In all den aktuellen Aufregungen geht gerne vergessen, dass diese «Einzelfälle» eben keine «Unglücksfälle» sind, sondern von den bürgerlichen Parteien billigend in Kauf genommen werden. Schliesslich werden sie dafür von der Finanzindustrie direkt und indirekt grosszügig unterstützt.
 TAMARA HUNZIKER, PER MAIL

WORK 7 / 14.4.2023: 4-TAGE-WOCHEN: «EIN GEWINN FÜR ALLE!» Höchste Zeit

Ein längst überfälliger Schritt. Durch die gestiegene Produktivität in den letzten Jahren war es nur eine Frage der Zeit, bis es so weit ist. Viele andere Betriebe werden nachziehen müssen, wenn sie qualifiziertes Personal halten bzw. finden wollen.
 GORAN TRUJIC, VIA TWITTER

WORK 7 / 14.4.2023: BLOCHERS TREUE SOLDATIN Friedlis Feuer

Von wegen Politik für «d Lüüt»: Lieber engagiert sich Esther Friedli für das Grosskapital statt für die Leute, denen die Teuerung immer mehr Geld aus dem Portemonnaie zieht, wie work zeigt.
 MARCO DAL MOLIN, VIA TWITTER

WORK 7 / 14.4.2023: ENDLICH SIEG! ENDLICH MEHR LOHN! Gratuliere!

Das beweist: man muss es erzwingen. Das Kapital macht keine

Zugeständnisse ohne Zwang! Gratuliere!
 VALENTINO WUNDERLICH, VIA FACEBOOK

WORK 7 / 14.4.2023: LASTWAGENFAHRER IM SPONTAN-STREIK Schweiz dabei

Es ist traurig, und meistens sind die Firmen auch noch aus Deutschland oder der Schweiz, die über Polen ihre Geschäftstransporte machen.
 PETER GERBER, VIA FACEBOOK

WORK 7 / 14.4.2023: GENERFER EISENLEGER SAGEN «MAFIASYSTEM» DEN KAMPF AN work ist wichtig

Freue mich auf das neue work! Es ist so wichtig, dass es euch gibt.
 EWALD SCHERWEY, VIA FACEBOOK

WORK 5 / 17.3.2023: GENOSSENSCHAFTSWOHNUNGEN SIND GÜNSTIGER Boden für alle

Genossenschaften sind gemeinnützig, und Gemeinnützigkeit fördert den Zusammenhalt der Gesellschaft. Gemeinnütziges Wohnen geht nur, wenn Boden nicht für private Gewinne, sondern als Allmend eingesetzt wird.
 STEFAN HILBRAND, PER MAIL

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an redaktion@workzeitung.ch oder an **work Redaktion Leserbrief, Gewerkschaft Unia, Postfach, 3000 Bern 16**



Wo, was, wer und wann am Tag der Arbeit Heraus zum 1. Mai!

KANTON AARGAU

Aarau, Montag, 1. Mai: 17.15 Uhr, Bahnhofplatz: Besammlung. 17.30 Uhr: Demonstration. 18 Uhr: Kundgebung, Slam-Poetry (Jeremy Chavez), Musik (Telli Family), Verpflegung und Stände. Begrüssung und Moderation: Lelia Hunziker, Grossrätin. Reden: Mattea Meyer, Co-Präsidentin SP Schweiz; Mia Jenni, Vizepräsidentin Juso Schweiz; Peppina Beeli, Unia, Dossier-Verantwortliche «Klimapolitik».

Baden, Montag, 1. Mai:

12 Uhr, Bahnhofplatz: Besammlung. 14 Uhr: Demonstrationszug mit Ansprachen. Anschliessend Festzelt auf dem unteren Bahnhofplatz. Akkordeonmusik von Claudio Eckmann, musikalisches Rahmenprogramm. Begrüssung und Moderation: Mia Jenni, Präsidentin Forum 1. Mai Baden (Begrüssung); Alain Burger, Grossrat SP Aargau (Moderation); Simona Brizzi, Grossrätin SP Aargau (Moderation). Reden: Gabriela Suter, Nationalrätin SP Aargau, Ständeratskandidatin; Feministisches Streikkollektiv Aargau; Walter Angst, Co-Geschäftsleiter Mieter:innenverband Zürich, Gemeinderat Stadt Zürich; Nele Kiessling, Slam-Poetin.

Bremgarten, Montag, 1. Mai: 17 Uhr, Zeughaus, Schellenhausplatz: Beginn Maifeier. Musikalisches Rahmenprogramm mit Speis und Trank. Begrüssung und Moderation: Cyrille Meier, Präsident SP

Maifeier mit Risotto und Feinem vom Grill, Musik mit «Unfound». Ansprachen: Cédric Wermuth, Nationalrat, Co-Präsident SP Schweiz; Barbara Stocker Kalberer, Präsidentin des Schweizerischen Hebammenverbandes SHV.

KANTON BASEL-LANDSCHAFT

Liestal, Montag, 1. Mai: 13 Uhr, Bahnhof Liestal: Treffpunkt. 13.30 Uhr: Start Demo. 14 Uhr, an der Rathausstrasse: 1.-Mai-Fest mit



Unia-Präsidentin Vania Alleva.

Reden, Musik von Nadia Maria Endrizzi, Verpflegung, Getränken und Infoständen. 16 Uhr: Ende der Feier. Ansprachen: Samira Marti, Nationalrätin SP und Vania Alleva, Präsidentin Unia, sowie Grussbotschaften aus dem 1.-Mai-Komitee.

KANTON BASEL-STADT

Basel, Montag, 1. Mai: Ab 10 Uhr, am De-Wette-Park: Besammlung. 10.45 Uhr: Umzug zur Kasernenwiese. Ab 12 Uhr auf der Kasernenwiese: 1.-Mai-Fest, mit Reden, Verpflegung, Getränken und Infoständen. Konzerte von Kimbo, Shelley and the Daisies sowie Les Reines Prochaines. Ansprachen: Vania Alleva, Unia; Arbeitende aus diversen Branchen; Kolleg:innen aus der Flinta-Community; iranische Kolleg:innen.

KANTON BERN

Bern, Montag, 1. Mai: Ab 16 Uhr, Kramgasse: Besammlung zum Umzug. 16.30 Uhr: Abmarsch mit der Fanfare des SMV. 17 Uhr, Bundesplatz: Reden, die Internationale mit Linksdrill. Ab 18 Uhr, Bundesplatz: Festbetrieb mit Musik. Risotto mit Maibündel gratis, diverse Verpflegungsstände. Ab 18.30 Uhr: Colibri. Neofolk aus Bern mit Nicole Wiederkehr, Disu Gmünder, Daniela Bertschinger, Chrigu Rechsteiner und Rolf Huwyler. Ab 19 Uhr, Restaurant Volkshaus 1914, Zeughausgasse 9: The Magic Five & Guest. Ansprachen: Stefan Wüthrich / Adrian Flükiger, Co-Präsidium GSB; Lena Allenspach, Syndicom; Bruno Gerber, VPOD; Flavia Wasserfallen, Nationalrätin SP; Natalie Imboden, Nationalrätin GB; Helin Genis, IG Frauen Unia / feministisches Streikkollektiv Bern; Jakob Walczak für die Jugend; Matthias Hui zur internationalen Solidarität.

Biel, Montag, 1. Mai:

10.45 Uhr, Bahnhofplatz: Besammlung. 11 Uhr: Abmarsch Demonstrationszug Richtung Zentralplatz. 11.30 Uhr, Zentralplatz: Ansprachen, Barbetrieb. 12.15 Uhr: Aufruf für den feministischen Streik am 14. Juni. 12.30 Uhr: Grussbotschaften weiterer Organisationen. Begrüssung: Stefanie Fürst, Alain Zahler, Co-Präsidium Gewerkschaftsbund Biel-Lyss/Seeland. Ansprache: Alain Berset, Bundespräsident.

Burgdorf, Montag, 1. Mai:

17 Uhr, Kulturhalle Sägegasse: Eröffnung. 17.20 Uhr: Beginn Feier. Musik: Alizarin und Harmoniemusik Stadt Burgdorf. Ansprachen: Stefan Berger; Andrea Rüfenacht; Yvonne Hartmann; Jameel Ahmad.

Interlaken, Montag, 1. Mai:

17 Uhr, Kunsthaus Interlaken: Begrüssung, Beginn Festwirtschaft. Musikalischer Auftakt: Blue Skies (One-Man-Band mit Roland Wilhelm, SP Bödeli). 17.15 Uhr: Reden und musikalisches Rahmenprogramm mit Blue Skies. 19.30 Uhr: Musikalischer Ausklang. 20 Uhr: Ende der Veranstaltung. Begrüssung und Moderation: Vanessa Bieri, SP Frutigland; Hanspeter von Bergen, SP Meiringen. Ansprachen: Ueli Schmezer, Nationalratskandidat SP Journalist, Konsumentenschützer, Musiker; Pierre-Yves Maillard, SP-Nationalrat und Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB); Ursula Zybach, SP-Grossrätin und Gemeinderätin; Flavia Wasserfallen, SP-Nationalrätin, Ständeratskandidatin.

Langenthal, Montag, 1. Mai:

17 Uhr, Markthalle, Herzogstrasse 6: Beginn 1.-Mai-Feier mit Festwirtschaft und Hüpfburg. Musik: LaKuZ. Ansprachen: Reto Müller, Stadtpräsident Langenthal; Lirija Sejd, VPOD und Feministisches Streikkomitee; Sofia Fisch, Stadträtin und Juso Bern; Adrian Wüthrich, Präsident Travail Suisse.

Lengnau, Montag, 1. Mai:

18 Uhr, Aula Schulhaus Dorf, Schulweg 3: Fest mit Reden und Musik mit Luca Mettler. Essen und Getränke, Kinder-Bastelecke. Ansprachen: Franziska Roth, Nationalrätin SO; Ueli Schmezer, Nationalratskandidat BE.

Thun, Montag, 1. Mai:

14.15 Uhr, Rathausplatz: Beginn 1.-Mai-Fest mit DJ Fabrizio. 14.30 Uhr: Begrüssung. 15 Uhr: Katers Mäuse. 15.35 Uhr: albanische Kinder-Tanzgruppe. 15.50 Uhr: Katers Mäuse. 16.25 Uhr: DJ Arnette. 16.45 Uhr: Nieder mit dem Patriarchat, Feministisches Kollektiv Thun-BeO. 17.20 Uhr: Umzug. 17.50 Uhr: DJ Arnette. 18.15 Uhr: Abschluss. Begrüssung und Abschluss: Beat Haldimann, Co-Präsident GBT. Ansprachen: 14.40 Uhr: Daniel Lampart, Chefökonom SGB;



SP-Nationalrätin Tamara Funicello.

15.20 Uhr: Magdalena Erni, Co-Präsidentin Junge Grüne Schweiz; 16.10 Uhr: Lara Bezio, Unia-Mitglied; 17 Uhr: Tamara Funicello, SP-Nationalrätin.

KANTON FREIBURG

Freiburg, Montag, 1. Mai: 17 Uhr, Place de l'Hôtel-de-Ville: Stände. 18.30 Uhr: Demo.

KANTON GRAUBÜNDEN

Chur, Montag, 1. Mai: 17 Uhr, Werkstatt Chur, Untere Gasse 9: Eintreffen. 17.30 Uhr: Musik. 17.45 Uhr: Reden. 18.20 Uhr: Podium. 18.45 Uhr: Musik. 19 Uhr: Essen. Musikalische Unterhaltung mit Simi & Sun da Cordas. Ansprachen: Jon Pult, Nationalrat; Julia Müller, Feministischer Streik; Maurus Müller, Juso Graubünden.

KANTON ST. GALLEN

Lichtensteig, Montag, 1. Mai: 16 Uhr: Städtli-Führung im mit dem Wakker-Preis ausgezeichneten Städtli. 17.30 Uhr, Rathaus für Kultur: Apéro. 18 Uhr: offizielle

Begrüssung, Musik: Duo «vielsaitig». Für Verpflegung ist gesorgt. Impuls-Referat von Annette Hug.

St. Gallen, Mittwoch, 26. April:

Erfreuliche Universität, Palace, 20.15 Uhr: Schwierige Arbeitskämpfe in der Ukraine. Witai Dudin (Arbeitsrechtler und Vorsitzender der linken ukrainischen Organisation Sozialnyi Ruch) und WOZ-Redaktorin Anna Jikhareva.

St. Gallen, Montag, 1. Mai:

Ab 16 Uhr, vor der Grabenhalle: Kaffee und Kuchen. 17 Uhr, Grabenhalle: Besammlung Demo. Anschliessend Demo mit La banda di San Gallo. Kundgebung in der Marktgasse und vor der Grabenhalle. Anschliessend Fest in der und um die Grabenhalle. 19 Uhr: kurdischer Chor. 20 Uhr: Konzert Projekt IT. Anschliessend: Djane Kutschenfahrt. Ansprachen: Barbara Gysi, Nationalrätin SP; Kurdischer Verein; Linkes Bündnis; Juso; Feministischer Streik St. Gallen.

Sargans, Montag, 1. Mai:

19 Uhr, Hotel Post: Begrüssung zur 1.-Mai-Feier. Im Anschluss 1.-Mai-Rede. Ab 20 Uhr: Apéro und gemütliches Zusammensein. Begrüssung: Bernhard Hauser, Kantonsrat. Ansprache: Florian Kobler, Gewerkschaft Unia.SG.

Rapperswil, Montag, 1. Mai:

11.30 bis 17.30 Uhr, Fischmarkt: Festwirtschaft. 15 Uhr Ansprache: Claudia Friedl, Nationalrätin.

KANTON SCHWYZ

Goldau, Montag, 1. Mai: Ab 18.30 Uhr, Restaurant La Piazza/Terminus, beim Bahnhof Arth-Goldau, Bahnhofstrasse 6: 1.-Mai-Feier. Zusammensitzen, diskutieren, mobilisieren. Das Ziel: wieder einen Schweizer Sitz für die Arbeitnehmenden in Bern! Ansprachen: Nico Lutz, Geschäftsleitungsmitglied und Leiter Sektor Bau der Unia Schweiz, Hauptredner zum Thema «Unsere Löhne fallen nicht vom Himmel!»; Carmen Muffler, VPOD SZ, Pfäffikon; Elisabeth Anderegg Marty, VPOD SZ, Lachen; Jonathan Prelitz, Arth; Antoine Chaix, Einsiedeln.

KANTON SCHAFFHAUSEN

Schaffhausen, Montag, 1. Mai: Ab 11.15 Uhr, in der Vorstadt: Besammlung. 11.30 Uhr: Start des Umzugs. 12 Uhr: Kundgebung auf dem Fronwagplatz und danach Festwirtschaft vom Satus mit Livemusik (von Sonix und Band). Ansprachen: Natascha Wey, VPOD; Linda De Ventura, VPOD, und Urim Dakaj, Unia.

KANTON SOLOTHURN

Grenchen, Montag, 1. Mai: 17.30 Uhr, Monbijou (beim Denner): Gemeinsame Velofahrt nach Lengnau.

Olten, Montag, 1. Mai:

13.30 Uhr, Bifangplatz: Besammlung. Umzug durch die Stadt ins Kulturzentrum Schützenmatte. Anschliessend Fest mit Robinsonspielplatz, italienischer Küche, Tombola, Sangria, Bar. Ab 20 bis ca. 23 Uhr: Musik von «Acoustic Soul», von Soul bis Pop. Ansprachen: Hanny Weissmüller, Lokführerin SBB Personenverkehr, Zentralpräsidentin Lokpersonalverband LPV-SEV, Nendaz VS; Nils Loeffel, Sozialarbeiter, Stadtrat, Bildungs- und Sportdirektor, Olten; Daniela Ianni, Gewerkschaftssekretärin Unia Region Biel-Seeland/Solothurn, Olten.

Solothurn, Montag, 1. Mai:

14.45 Uhr, beim Gewerbeschulhaus (Kreuzackerplatz): Besammlung. 15 Uhr: Abmarsch 1.-Mai-Demonstration, Ansprachen unterwegs.



GLEICHSTELLUNG JETZT: Das Plakat zum diesjährigen 1. Mai. BILD: SGB

Tänze der kurdischen Volkstanzgruppe. Ab 15.30 Uhr, Fischer-gasse 233: Solidaritätsfest (bei schlechtem Wetter in der Säulenhalle). Ab 16 Uhr: Ansprachen. Anschliessend musikalisches Rahmenprogramm und Verpflegungsstände. Ab 20 Uhr, Kreuzsaal: Live-Acts: The Tackers, DFG Deep Fried Galaxy, anschliessend Disco. Ansprachen: Franziska Roth, Nationalrätin SO, und weitere Mitglieder des 1.-Mai-Komitees.

KANTON THURGAU

Weinfelden, Montag, 1. Mai: 10 Uhr, TKP Parkplatz Freiestrasse: Besammlung, anschliessend Demomarsch zum Marktplatz. 11.05 Uhr, Marktplatz: Beginn der 1.-Mai-Feier. Ansprachen: 11.30 Uhr: Danijela Gragicovic, Unia; 11.45 Uhr: Nina Schläfli, VPOD; 13 Uhr: Paul Rechsteiner, alt Ständerat; 12.30 Uhr: Matthias



Unia-GL-Mitglied Nico Lutz.

Hartwich Präsident SEV; 14 Uhr, Schlusswort: Lukas Auer, Präsident Thurgauer Gewerkschaftsbund.

KANTON WALLIS

Brig, Montag, 1. Mai: 17-23 Uhr, Zeughaus Kultur, Gliserallee 91: Tag der Arbeit im Oberwallis. Ansprachen, musikalische Unterhaltung (the Rudifut-schers), kulinarisches Angebot und Verpflegung. Ansprachen: Aude Spang; David Gundli.

KANTON ZUG

Zug, Montag, 1. Mai: Ab 17 Uhr, Landsgemeindeplatz:

1.-Mai-Feier mit Essen von Jonny Crash, feinen Essensständen und spannenden Reden.

KANTON ZÜRICH

Bülach, Montag, 1. Mai: Ab 10.30 Uhr Kulturzentrum Kantine, Solistrasse 3: Festwirtschaft mit Polit-Rapper MzumO. Ab 11 Uhr: Reden. Alle Infos: [1-mai-buelach.ch](#). Ansprachen: Kurt Altenburger, SP-Gemeindepräsident Rafz; Laura Fischer, Co-Präsidentin Juso Kanton ZH; Markus Bischoff, AL-Kantonsrat.

Uster, Montag, 1. Mai: 13.30 Uhr, Landihalle, Quellenstrasse: Festbetrieb, Kulinarisches vom Verein Du für alle. Ansprachen: Fabian Molina, SP-Nationalrat; Leandra Cumberg, Juso, SP-Kantonsrätin; Xenia Wassihun, VPOD-Zentralsekretärin für Gleichstellung.

Winterthur, Montag, 1. Mai: 10.30 Uhr Steinberggasse: Besammlung für Demo, anschliessend Reden, Musik und Festwirtschaft auf dem Neumarkt. Reden: Eidgenössische Kommission dini Mueter (EKDM), Mandy Abou Shoak, Gastrakollektiv, Saeed Farkhondeh, Musik: Olekanone, IroNina ReVulva und muRmure (Rap, Mezu (Balkan)).

Zürich, Samstag, 29. April: 12 bis 2 Uhr, Zeughaushof und Kasernenwiese: 1.-Mai-Fest mit Podien, Workshops und Referaten. Programm unter [1mai.ch](#).

Zürich, Sonntag, 30. April: 12-23 Uhr, Zeughaushof und Kasernenwiese: 1.-Mai-Fest. 13 Uhr, Programm unter [1mai.ch](#).

Zürich, Montag, 1. Mai: 10 Uhr, Helvetiaplatz: Besammlung. 10.30 Uhr: Demo zum Sechseläutenplatz. Abschlusskundgebung mit Festwirtschaft auf dem Sechseläutenplatz. 12 bis 22 Uhr, Zeughaushof und Kasernenwiese: 1.-Mai-Fest. Programm unter [1mai.ch](#).

Stand der Agenda bei Redaktionsschluss am 26. April 2023.

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.

work abonnieren.

Für nur Fr. 36.- im Jahr jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name

Strasse

PLZ/Ort

Telefon/E-Mail

work, Abodienst, Postfach, 3000 Bern 16. [www.workzeitung.ch](#)

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft Herausgeberin work, Gewerkschaft Unia Verlag und Redaktion Weltpoststrasse 20, 3000 Bern Postadresse Postfach, 3000 Bern 16 Telefon Verlag und Redaktion 031 350 24 18 E-Mail Verlag [verlag@workzeitung.ch](#) E-Mail Redaktion [redaktion@workzeitung.ch](#) Internet [www.workzeitung.ch](#) Redaktion Anne-Sophie Zbinden (Chefredaktorin), annesophie.zbinden@workzeitung.ch; Jonas Komposch (Stv. Chefredaktor), jonaskomposch@workzeitung.ch; Patricia D'Incau (Produzentin/Redaktionsleiterin), patriciadincau@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Darja Knežević, darjaknezevic@workzeitung.ch **Mitarbeit an dieser Nummer** Daniel Behruzi, Raffaella Brignoni, Peter Bodenmann, Roland Erni, Marius Käch, Sandra Künzi, Maria Künzli, Daniel Lampart, Josef Lang, Clemens Studer, Jean Ziegler **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch **Korrektorat** Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch, Andrea Leuthold **Sekretariat** Fabienne Jallily (Di, Mi, Fr vormittag), [verlag@workzeitung.ch](#) **Anzeigenmarketing** Fabienne Jallily, Telefon 031 350 24 18, [anzeigen@workzeitung.ch](#) **Druck** CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.-, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.- **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo-Fr 9-11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, [abo@workzeitung.ch](#) **Auflage** 65005 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.